

Einselpreis 70 Heller.
Redaktion und
Verwaltung:
Prag II., Dabli-
kova nám. 32.
Telefon 6795,
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Prag.
Postfachamt 57544.
Anserate werden laut
Tarif billigt berechnet.
Bei öfteren Einschul-
tungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins
Haus oder bei Bezug
durch die Post
monatlich . . . 18—Kz,
vierteljährlich 48—Kz,
halbjährig . . . 98—Kz,
ganzjährig . . . 192—Kz.
Für Deutschösterreich
monatlich 400—ÖK, für
Deutschland 40—Mk.
Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

1. Jahrgang.

Freitag, 16. Dezember 1921.

Nr. 91.

Der Parteitag. Sozialdemokratie und Landwirtschaft.

Referent Genosse Jalsch.

Der gewaltige Vorstoß, den die sozialistische Arbeiterbewegung nach Kriegsende unternommen hat, hat sie auf neue, bisher unerschlossene Gebiete geführt, hat sie vor neue Aufgaben von unerhörter Mannigfaltigkeit gestellt. Die Probleme des Klassenkampfes, die bisher nur in nebelhafter Ferne standen, wurden in unmittelbarer Nähe gerückt und forderten von uns ihre Lösung. So ist auch die Agrarfrage für uns Sozialdemokraten aus einem Gegenstand akademischer Diskussion zu einem Problem der praktischen Gegenwartsarbeit für den Sozialismus geworden. Und wenn der heutige Parteitag zum Thema „Sozialdemokratie und Landwirtschaft“ Stellung nimmt, so hat das zweierlei Ursachen. Wir sind, wie ich schon erwähnt habe, in den gewaltigen politischen Vorstoß nach Kriegsende in das Dorf eingedrungen, wir haben in den landwirtschaftlichen Gegenden Positionen erobert, die bisher für unnehmbar galten. Die arbeitende Landbevölkerung wurde durch die Hölle des Krieges aufgereizt, es wurden die Auffassungen, welche die Merkale und die agrarische Agitation in sie verpflanzt hatten, erschüttert und so wurde die Bahn freigelegt, für unsere sozialistische Agitation. Doch es hat sich auch hier unsere alte Erfahrung wieder als wahr erwiesen, daß wir nicht das zu unserem festen Bestände zählen dürfen, was uns die Gunst des Augenblickes in den Schoß wirft, sondern daß uns nur jenes dauernd gehört, was wir durch unermüdete zähe Arbeit gefestigt und verankert haben. So zeigt sich auch nach diesem Vorstoß, den wir unternommen haben, daß es nicht nur darum zu tun ist, in diese unerschlossenen Gebiete einzudringen, Teile der Landbevölkerung für den Augenblick für uns zu gewinnen, sondern daß die Hauptsache und das Schwierigste dabei ist, diese errungenen Stellungen gegenüber den Gegenangriffen der Agrarier und Merkale zu halten. Und bei dieser Aufgabe hat sich wohl herausgestellt, daß die überlieferte agitatorische Auffassung nicht ausreicht, sondern daß wir dem arbeitenden Landvolke, wenn es zum überwiegenden Teil dauernd für den Sozialismus gewonnen werden soll, praktische Hilfe bieten müssen.

Auch eine zweite Ursache spricht dafür, daß die Partei auf agrarpolitischen Gebiete bis zu einem gewissen Grade eine feste Stellung einnimmt. Wir haben durch die letzten Ereignisse, nach dem Beispiel anderer Länder einen Anschauungsunterricht genießen können, wie es bei der Machteroberung und Machtbehauptung zugeht. Da ist wohl eine Erfahrung festzuhalten, daß die rein kapitalistische Verfolgung der Agrarproduktion, die feindliche Stellung der Landbevölkerung wohl zu den schweren Hemmungen des sozialistischen Kampfes gehört. Die vollständige Einflußlosigkeit des Industrieproletariats auf die Lebensmittelproduktion ist in den Zeiten entscheidender Kämpfe eine schwere Gefährdung. Die agrarproduktive Landwirtschaftsproduktion ist das letzte Bollwerk, hinter das sich der kapitalistische Klassenstaat versteckt, wenn es ihm an den Krügen geht. Wir haben aus dem Beispiel Ungarns und Rußlands gelernt, daß der Kampf um den Sozialismus nur dann siegreich beendet werden kann, wenn er nicht allein geführt wird, von einer, wenn auch noch so gut disziplinierten und kampfbereiten Schicht von Industriearbeitern, sondern daß er nur dann von Erfolge begleitet sein kann, wenn er durch ein gemeinsames Ringen des verbündeten Proletariats von Stadt und Land erkämpft wird. Aus diesen Erwägungen heraus müssen wir als Partei diese für den Endsieg so notwendige Kampfgemeinschaft des Industrie- und Landproletariats anbahnen,

die Kampfstellungen, die wir bisher errungen haben, müssen wir zu Trugburgen wider den Agrarkapitalismus ausbauen, zu Ausgangspositionen für den nächsten Sturmangriff. Das sind so die Motive, die uns veranlassen, programmatisch unsere Stellung festzulegen. Allerdings werden Sie aus den vorliegenden Anträgen des Parteivorstandes erfahren, daß wir heute noch kein fertiges Agrarprogramm beschließen können. Das hat seine verschiedenen Ursachen. Es ist kein geistiger Mangel der Partei, es beruht nicht auf einer theoretischen Jaghaftigkeit, sondern es ist bei dem heutigen Stand der Dinge glattweg unmöglich, eine endgültige Stellungnahme zu diesem schwierigen und weitverzweigten Problem festzulegen. Die Sache ist deswegen schwierig, weil sie eine politische und ökonomische Seite hat. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die kapitalistische Entwicklung auf Industrie und Landwirtschaft ganz verschiedene Auswirkungen zeigte. In der Industrie ist der Kapitalismus mit einem fieberhaften Aufschwung und einer fortschreitenden Konzentration der Produktion gekommen, hier treibt er die Produktion selbst auf jene Stufe, die zur Sozialisierung und zur Errichtung der sozialistischen Bedarfsproduktion reif ist. In der Landwirtschaft stehen die Dinge anders. Hier sehen wir keine gewaltige Konzentration, keinen fieberhaften Aufstieg. Sie schreitet im Rahmen der gegebenen Gesellschaftsform vorwärts, aber in viel langsamerem Tempo und das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß hier die Produktion mit fixierten Möglichkeiten zu rechnen hat, weil sie an Grund und Boden gefesselt ist, den man nicht so einfach zusammenpressen kann, wie die Produktionsmittel in den Fabriken. Aus dieser Erkenntnis, daß also der Kapitalismus und vor allem das Privateigentum ein Hemmnis der Aufwärtsentwicklung der Landwirtschaft ist, die wir brauchen, erwacht uns die Aufgabe, daß wir schon innerhalb der kapitalistischen Ordnung mithelfen müssen, um die Landwirtschaftsproduktion auf eine Stufe emporzuheben, wo sie kein Hemmnis einer sozialistischen Neuordnung mehr ist. Wenn ein Agrarprogramm vollständig sein sollte, müßte es nicht nur politische Richtlinien enthalten, sondern auch ein landwirtschaftliches Produktionsprogramm. Es wäre ein Wahnsinn, das heute zu machen, wo wir erst am Beginn der praktischen Erfahrungen stehen. Es wäre der reinste Papiersozialismus, wenn wir der Entwicklung der Landwirtschaft vom Verantwärtlichen aus, bestimmte Formen vorschreiben wollten, es wäre ein ganz verfehltes Vorgehen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß theoretische Konstruktionen, mögen sie noch so reich durchdacht sein, und noch so bestechend für den Blick wirken, ganz wertlos sind, wenn sie außerhalb von Zeit und Raum gemacht werden. Deshalb ist es hier nicht unsere Aufgabe, irgendwelche mechanischen Formeln auszubilden oder ein Detail-Bild aus dem sozialistischen Zukunftsstaat zu malen, oder überhaupt ganz bestimmte Vorschriften zu machen, wie sich die Entwicklung zu vollziehen hat, sondern was die Seite der Produktion anbelangt, müssen wir aus der allgemeinen Entwicklung die Tendenzen aufspüren, die uns für den sozialistischen Gedanken und für eine sozialistische Ordnung günstig erscheinen, und diese Tendenzen, die zum Sozialismus orefien, müssen wir fördern und uns in ihren Dienst stellen. Nun haben wir uns bei der Festlegung der vorliegenden programmatischen Richtlinien zur Frage der Landwirtschaft ganz frei von abstrakten theoretischen Konstruktionen gehalten, sondern wir haben nur zu jenen Problemen Stellung genommen, die uns unmittelbar

berühren und schon heute an uns heranreten. Insofern haben wir damit auch den Notwendigkeiten unserer Politik Rechnung getragen.

Grundgedanke unserer Politik draußen auf dem Lande bleibt nach wie vor das Bekenntnis zum Klassenkampf.

Wir betrachten nach wie vor auch in der Landwirtschaft den Klassenkampf als den Hebel zur Umgestaltung der Produktion, als das Mittel zum sozialen und kulturellen Aufstieg des arbeitenden Landvolkes. Wenn wir einst ein besseres Zusammenleben der Menschen schaffen wollen und das arbeitende Landvolk seiner politischen und wirtschaftlichen Befreiung zuführen sollen, dann müssen wir die Quellen der Ausbeutung und Unfreiheit verstopfen und das sind auf dem Lande jene Betriebe, die vorwiegend auf Lohnarbeit angewiesen sind und das Ausbeutungseigentum darstellen. In unserer Resolution ist schlanke ausgesprochen, daß wir für die Enteignung aller Betriebe sind, die ein Ausbeutungseigentum darstellen und daß wir sie in Gesellschaftseigentum überführen wollen. Wir haben auch erklärt, daß wir nichts dagegen einzuwenden haben, daß von den enteigneten Großgrundbesitzern Grund und Boden, der zu einer rationellen Landwirtschaft nicht geeignet ist, an die umliegenden Kleinbauern abgegeben wird, damit sie ihre Betriebe arrodieren können. Es ist das eine Sache, der man ohne weiteres zustimmen kann. Wenn wir unsere ganze Auffassung auf den Klassenkampf eingestellt haben, haben wir wohl zu gewärtigen, daß unsere Gegner ausschreien werden: Ihr seid die Unfriedensstifter, Ihr stört unser idyllisches Leben, Ihr bringt Streit und Hag in die Reihen des Landvolkes hinein. Nun, wir können mit Stolz behaupten, daß sich unsere Klassenkampftheorie in letzter Zeit in bedeutendem Umfange durchgesetzt hat, auch in Kreisen des Landvolkes, bei denen wir es nicht erwartet haben. Ich habe hier eine Nummer der „Deutschen Landpost“, wo in großen Lettern steht: „Streit der organisierten deutschen Landwirte“. Wir können also vollauf zufrieden sein, wenn wir den Bund der Landwirte zur Klassenkampftheorie belehren konnten, das ist entschieden ein ganz schöner Erfolg. (Beifall.) Wie ist nun unsere Stellung zu den bäuerlichen Betrieben? Auch hier haben wir ausgesprochen können, daß wir weiterhin die Scheidung zwischen Ausbeutungseigentum und Arbeitseigentum aufrecht erhalten. Es hat sich gezeigt, daß solche ökonomische Einheiten, wie die Bauernwirtschaften, die das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung sind, überhaupt nicht verdrängt werden können. Wir müssen damit rechnen und in unserer Resolution wird klar ausgesprochen, daß wir bezüglich der bäuerlichen Wirtschaften nur die Forderung erheben, daß sie sich den Bedürfnissen der gesamten Wirtschaft anpassen. Wir wollen mithelfen, daß die Zersplitterung der produktiven Kräfte in jenen kleinen Betrieben beseitigt werde, daß durch genossenschaftliche Produktionsförderung, Maschinengenossenschaften, Viehzuchtgenossenschaften, Molkereigenossenschaften der bäuerlichen Wirtschaft die Erfolge der der Wissenschaft und Technik zugänglich gemacht werden. Wir haben auch ausgesprochen, daß jene Zwischenglieder, die heute noch im wirtschaftlichen Verkehr zwischen Stadt- und Landvolk einereicht sind, möglichst ausgeschaltet werden, daß Ein- und Verkaufsgenossenschaften diese Funktion übernehmen. Bei der Errichtung der Landwirtschaftsgenossenschaften und der Landwirtschaftskammern kommt der alte reaktionäre Geist in bedenklicher Weise zum Vorschein. Man hat das längst entschlafene Sechsklassenwahlrecht wieder hervorgeholt. Nach diesem Wahlrecht sollen die Landwirtschaftskammern zusammengesetzt sein. Wir fordern demgegenüber den Aufbau der Landwirtschaft auf einer demokratischen Basis in der Stadt- und Landwirtschaftsbeschäftigten umfassenden Zentralorganisation. Die Agrarier reden sich aus, daß die Dienstboten und Landarbeiter kein Interesse an der Produktion haben, sie seien die Besitzer

und Steuerzahler und sie hätten daher zu bestimmen.

Wenn aber einmal der moderne Geist auf dem Lande siegen soll, dann muß auch mit der Auffassung gebrochen werden, die den Menschen nach seinem Lössenbesitz und dem Umfang seines Grundeigentums einschätzt.

Wir verlangen auch, daß die Landarbeit aller modernen sozialpolitischen Errungenschaften teilhaftig werden. Damit endlich einmal das alte agrarische Verböden gutgemacht wird, welches die Landarbeiter die Dienstboten degradiert und sie auf eine Stufe hinabgestoßen hat, die man sich nicht mehr vorstellen kann. Es würde zu weit gehen, dies ausführlich zu besprechen, aber wie man diese Leute oft behandelt wie das liebe Vieh. Wir wollen, daß auf die speziellen Verhältnisse der Landbevölkerung Rücksicht genommen wird, wir verlangen, daß eine Schulreform durchgeführt wird, damit die landwirtschaftliche Fachwissenschaft endlich einmal bis in den letzten Betrieb durchsickern kann. Wir wollen, daß die ländlichen Volksschulen in Arbeitsschulen umgewandelt werden, daß die Lehrer agronomische Fachwissen erhalten. Wir wollen, daß der obligatorische Fortbildungsschulunterricht auf dem Lande eingeführt wird.

Genossen, es ist wohl ein großes Programm, aber es muß hier der Hebel angefaßt werden, um diese alte konservative Gesinnung des Landvolkes aus den Angeln zu heben. Bezüglich der land- und forstwirtschaftlichen Hochschulen, verlangen wir, daß sie allen Begabten und allen Schichten des arbeitenden Landvolkes zugänglich gemacht werden, damit auf diesem Wege die land- und forstwirtschaftliche Fachwissenschaft ehebaldigst zur Volkswissenschaft gemacht wird. Die Forderungen, die wir da erheben, bedeuten letzten Endes wohl für die Gesamtheit der Gesellschaft schwere Opfer. Aber es hilft uns nichts. Es ist besser, wir beschreiten diesen Weg, und bringen Opfer, damit endlich einmal die Landwirtschaft aufhört ein Hemmnis unseres Fortschrittes zu sein, damit hier auch ein Grundstein gelegt wird für eine sozialistische Bedarfsproduktion.

Der kapitalistische Weg ist der, Agrarvölle zu diktiert und der Gesamtheit schwere Opfer auf diese Weise aufzuerlegen.

Aber nicht um die Produktion zu heben sondern um einer kleinen kapitalistischen Schicht, Profite zu sichern, wie fremd die Mehrheit des Landvolkes weiter im Elend und Knechtschaft lebt. Es besteht vielfach unter unseren Genossen die Befürchtung, daß durch die Besserstellung der Landbevölkerung die industrielle Arbeiterschaft schwer belastet wird. Wir können aber feststellen, daß das Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft nicht so sehr auf dem Mangel an Gebrauchsgütern beruht, sondern vielmehr auf ihrer schlechten Verteilung und es ist nicht so, daß wir das ganze Problem vom reinen Konsumentenstandpunkt auffassen können und sagen: Nun gut, wir wollen keine Belastung der Konsumenten, ergo geht uns die arbeitende Landbevölkerung nichts an. So dürfen wir nicht sprechen, weil wir dadurch auf jeden zukünftigen Fortschritt verzichten würden.

Der Redner gibt sodann eine Darstellung der Entstehung und des Verlaufes der Bodenreform im tschechoslowakischen Staate und führt dann fort:

Kritik der Bodenreform.

Wir wollen nicht unperrecht sein, wir wollen anerkennen, daß in dem Bodenreformgesetz wohl mancher gute sozialistische Gedanke verankert wurde, es zeigt sich, daß dieses Gesetz eben das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den tschechischen Agrariern und den Sozialdemokraten darstellt. Was aber unsere Kritik heraufverder, ist die Art der Durchführung, die nicht die sozialistischen Gedanken verwirklicht, die in den Bodenreformgesetzen enthalten sind, sondern nur das, was den Agrariern genehm ist. Es ist ein gefährliches Bündnis, das bei der Durchführung der Bodenreform mit den Agrariern abgeschlossen wurde, denn diese Partei, mit

bonen sich die tschechischen Sozialdemokraten verbünden haben, haben nichts zu verlieren. Was kann den tschechischen Agrariern passieren, wenn die Bodenreform mit einem Chaos endet, wenn alles verjagt? Dann wird man aus diesem Chaos umso leichter die Landbesitzer aufkaufen können, und zwar für die Söhne der großen Bauern, die versorgt werden müssen. Wir müssen schon anerkennen, daß das Vordemamt Orzeches geleistet hat, wo es darum ging, zu zerstückeln und zu zerbrechen, aber wo es galt, in sozialistischer Weise eine Umwandlung zu treffen, hat meines Wissens, wie auch nach tschechischem Zeugnis, das Vordemamt versagt. Nach allen praktischen Erfahrungen der Vergangenheit ist eine Neufestlegung in dem Umfange, wie sie von den tschechischen Agrariern und den Machern des Bodenamtens geplant wird, glattweg unmöglich. Derjenige, der den Landarbeitern und Güterbeamten verspricht, daß sie durch den Staat, durch die Bodenreform zu selbstständigen Wirtschaftlern gemacht werden, ist ein gemeingefährlicher Schwindler. Wenn wir von der Zerschlagung reden, werden wir natürlich von den Agrariern, die sich das auf die Fahne geschrieben haben, wieder als die Feinde des Bauerntums hingestellt werden. Ich weiß nicht ob für diese Zwecke überschüssige Gelder vorhanden sind. Sind sie da, dann sollte man doch mit den verfügbaren Geldern die bestehenden landwirtschaftlichen Kleinbetriebe lebensfähig gestalten, damit sie modern produzieren. Aber, wenn man diesen heute bestehenden Kleinbetrieben eine neue Konkurrenz an den Hals hängt, so ist damit dem Bauerntum nicht gedient. Die Tschechoslowakei hat ein Mann an Getreide, zirka 40.000 Tonnage im Jahre. Wenn aber diese großen Güter die heute vorwiegend auf Getreideproduktion eingestellt sind, zertrümmert und in kleine Wirtschaften umgestaltet werden, dann muß naturgemäß unsere Getreideproduktion sinken,

unser Getreidemanko wird wachsen, es wird dadurch eine Umstellung der Produktion erfolgen, die Viehzucht wird in bedeutenderem Maße als bisher betrieben werden und dadurch für die gesamte Bauernschaft der Viehpreis gedrückt, womit die Bauern sicher nicht zufrieden sein werden. Aus allen diesen Gründen müssen wir gegen eine weitere Zerschlagung des großen Grundbesitzes unbedingt Stellung nehmen. Wir müssen der agrarischen Demagogie entgegenreden, und sagen, daß eine weitere Zerschlagung eine Gefährdung der Volksernährung ist. Weiter wenden wir uns in der Resolution gegen die Verstaatlichung des Waldbesitzes. Alle tschechischen Parteien fordern die Verstaatlichung des Waldbesitzes, auch die tschechischen Sozialdemokraten. Der kommunistische Landarbeiterverband hat bei der letzten Enquete im Bodenamt eine ähnliche Erklärung abgegeben. Wir täuschen uns nicht, daß die Verstaatlichung der Grenzländer eine große nationale Aktion darstellt und zum Zwecke des nationalen Expansionsinteresses geschahen soll. Wir müssen schon sagen, daß die nationalen Verhältnisse in diesem Staate genug vergiftet sind und daß nicht neuer Konfliktstoff geschaffen werden soll. Die Ausbeutung der deutschen Grenzgebiete wurde bisher von einigen Großgrundbesitzern betrieben und die Ausbeutung soll einfach in andere Hände übergehen. Unsere deutschen Grenzgebiete, wo sich ausgedehnte Waldungen befinden, sind deshalb arm, weil der ganze Mehrwert der dort produziert wird, und das Erträgnis dieser Wälder veräußert wurde, weil die Großgrundbesitzer, die Banken und alle anderen, die daran partizipierten, den Holzhauern nur ein paar Groschen hinwerfen und alles andere abgezogen haben. In Zukunft soll es so sein, daß nicht mehr der Großgrundbesitz den Mehrwert einsteckt, sondern der Staat aus der Verelendung dieser Bevölkerung den Mehrwert herauszuschlagen soll. Wir glauben, daß es ein ungeheurer kultureller und sozialer Fortschritt wäre, wenn das Erträgnis dieser Gebiete dort bliebe. Nun behaupten die Tschechen, die Verstaatlichung der Wälder gelte als strategischen Erwägungen. Wir glauben, daß in erster Linie volkswirtschaftliche Erwägungen ausschlaggebend sein müssen. Strategische Erwägungen haben die alten Generalstabler immer hoch gehalten, sie sind aber eines demokratischen Staates unwürdig.

Unsere Kritik richtet sich auch gegen die Art der Durchführung der Bodenreform, dagegen, daß man diese wichtige wirtschaftliche und soziale Aktion einer allmächtigen Bureaucratie überantwortet hat. In der Art der Durchführung des Werkes liegt eine ungeheure Gefahr. Dadurch, daß man eine bürokratische Körperschaft die fast außerhalb aller parlamentarischer Kontrolle gestellt ist, mit der Durchführung dieses Werkes betraut hat, ist es in dieser Form — wir können es ruhig ausprechen — zum Scheitern verurteilt. Das Bodenamt errichtet seine Distriktsstellen rein nach

nationalen Grundfähen ein. Es sucht seine Beamten zusammen, wo sie zu finden sind. Es wird die Bodenreform auf den sogenannten Kreisheiten durch sogenannte nomadisierende Institutionen durch diese Filialämter durchgeführt. Aber eine solche Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse kann man noch nicht so auf der Durchreise, nach Art des fliegenden Holländers, machen, man muß die lokalen Verhältnisse so kennen, und zwar gründlich. Wenn die Bodenreform nicht auf die lokalen Faktoren, auf den Elementen der Selbstverwaltung basiert wird, dann ist die Bodenreform zum Scheitern verurteilt. Deshalb fordern wir, weil wir in der Verzögerung eine so gewaltige Gefahr erblicken, weil wir sehen, daß durch die bürokratische Art der Durchführung die Verzögerung immer schlimmer wird und die Großgrundbesitzer nach Jahre hindurch die Möglichkeit zur Raubwirtschaft hätten, fordern wir unsere Parteigenossen zu einer Verrückung des Bodenreformgesetzes dem Sinne zu betreiben, daß der bestehende Großgrundbesitz so rasch als möglich liquidiert und daß sie Zweckverbänden, die als Verwaltungskörper übergeben wird, den Vorschlag, der nur unseren parteipolitischen Erwägungen entspricht, das ist vielmehr die einzig mögliche Lösung, der einzige Weg der aus dem Chaos herausführt. Wir müssen auch sagen, daß wir nicht viel Erfolg darin sehen, wenn diese Großgrundbesitzer, Meierhöfe, Forstgüter an einzelne Gemeinden gegeben werden. Denn diese haben noch nicht den Apparat zur Hand, um ordnungsgemäß im Sinne ertragreicher Produktionswirtschaft zu arbeiten. Man muß sich bei der weiteren Bewirtschaftung beschlagnehmender Großgrundbesitzer stützen, auf die alte Verwaltungsorganisation, nach den alten Verwaltungsorganisationen, weil das heute organisatorisch verwachsene Gebilde sind, die nur durch langwierige mühselige Arbeit umgestaltet werden können. Deshalb sagen wir, die einzelnen Gemeinden sollen an dem Zweckverband teilhaben. Es wäre ungerath, der einen Gemeinde einen schönen Wald zu geben, damit sie keine Umlagen zu zahlen braucht, unter anderen ein über Steingerölle, sondern ein gerechter Zuschuß muß gefunden werden und das soll der Zweckverband der Gemeinden sein.

Ein paar Worte über die Güterbeamten. Wir können feststellen, daß fast die ganze Güterbeamtenchaft mit geringen Ausnahmen heute noch nicht weiß, wo sie hingehört. Sie sehen einerseits ihre Existenz bedroht und möchten sich mit uns verbinden, um ihre Existenz zu sichern, andererseits sind sie im Zweifel, ob nicht doch ein Rückschlag kommt und die Großgrundbesitzer wieder in ihre Machtfulle eingesetzt werden. Aber diese Leute, für deren Existenz wir eintreten, müssen sich doch einmal entscheiden, müssen Farbe bekennen, ob sie wirklich auch mit uns gehen wollen. Ich sage ganz offen, in der Landbevölkerung herrscht nicht viel Sympathie für diese Leute, die bisher aus ihrer Haut nicht heraus konnten und zu Exekutivorganen der Feudalen Großgrundbesitzer geworden sind. Es wäre höchste Zeit, daß die Güterbeamten ein wenig guten Willen zeigen.

Es erübrigt sich noch, über die Entschädigungsfragen

zu reden. Ich erblicke in der Entschädigungsfrage eine Sache zweiter Ordnung. Wir haben deshalb auch nichts darüber in die Resolution hineingenommen, weil wir uns sagen, daß die Finanz- und Entschädigungsfrage zehnmal leichter gelöst werden kann, wenn die Bodenreform in unserem Sinne gelöst wird. Wir glauben, daß unsere Genossen im Parlament ihre Kraft dafür einsetzen werden, um diesbezüglich eine Abänderung des Bodenreformgesetzes herbeizuführen. Es ist nicht mehr viel Zeit vorhanden, um einen anderen Weg einzuschlagen. Auch in tschechischen Kreisen dämmert schon die Erkenntnis, daß es nicht mehr so weitergeht. Aber man kann nicht gegenüber demagogischer Agitation einiger Gruppen vorwärts kommen. Man hat nicht den Mut zu sagen, daß man auf dem Holzwege ist, und wenn wir diese Vorschläge erstatten, wenn wir unsere Parlamentsvertreter auffordern, in diesem Sinne zu wirken, so auch deshalb, um die Verantwortung festzustellen, wenn wirklich diese Aktion zum Schaden des Sozialismus enden sollte. Ich glaube, den tschechischen Sozialdemokraten ist Zeit genug geschaffen worden, von ihren Illusionen freizugehen. — Die Durchführung der Bodenreform war bisher nur im Interesse der Agrarier. Und es wäre hoch an der Zeit, daß unsere Vorschläge, ernstlich und unvoreingenommen geprüft werden. Von kommunistischer Seite, ist nicht viel zu hoffen. Was die Kommunisten anbelangt, bemühen sie sich so weit sie überhaupt tätig sind, so mit der Stange im Nebel herumzuschieben. Sie sehen die wichtigste

Aufgabe darin, Krieg zu führen, gegen unseren Duxer Verband, der Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeiter. Eine sehr wichtige Sache in dem Augenblick, wo es sich um eine solche Zukunftsfrage wie die Bodenreform handelt, mit Dorfräten, Dorfsowjets zu kommen. Es ist eine gewaltige marxistische Leistung, den Umbau der Welt auf eine Titeländerung aufzubauen. Es würde sich viel ändern, wenn man allen diesen Dingen neue Namen gäbe. Wie ungeheuer wichtig die Kommunisten die Bodenreform nehmen, das hat sich ja beim letzten Parteitag in Prag gezeigt, wo man zum Schluß eine Resolution über die Bodenreform beschließen wollte, man ist aber nicht dazugekommen, weil man die wichtigste Frage entscheiden mußte, ob der Schmeral zu zweit oder dritt zum Präsidenten gehen darf.

Was wir heute hier beschließen, ist allein noch nicht die Garantie des Erfolges, unserer Bewegung auf dem Lande. Die Garantie liegt in der praktischen Durchführung. Nicht das Programm allein macht eine Bewegung. Der Sozialismus ist vielmehr angewandte Wissenschaft. Täglich müssen wir zu den auftretenden Problemen Stellung nehmen. An Ort und Stelle müssen wir sofort eingreifen. Damit unsere ganze Arbeit Einseitigkeit bekommt, damit eine Zusammenfassung unserer Kräfte erfolgt, legt Ihnen der Parteitag den Antrag vor, daß ein siebenköpfiger Ausschuss einzusetzen ist, der sich ausschließlich mit der Agrarfrage zu beschäftigen und auch diesbezügliche Weisungen an die Organisation zu erlassen hat. Es ist aber auch wichtig, daß sich unsere Vertrauensmänner und Sekretäre, die in den Landgebieten tätig sind, mit der einschlägigen Fachliteratur vertraut machen, daß sie über Pachtfragen, über Gemeindegrund genau so Bescheid wissen, wie über Krankenversicherung. Denn wenn wir täglich den Leuten mit Rat und Tat zur Seite stehen können, werden wir sie auch dauernd für uns gewinnen. Was wir hier beschließen wollen, soll ein Uebergang sein, von unserer bisherigen industriellen Einseitigkeit zum Erfassen der Gesamtwirtschaft. Wenn wir in der Agrarfrage vorwärts kommen wollen, müssen wir auch eine gewisse Umstellung vornehmen. Wir müssen die Ideologie des Genossenschaftes zwischen Stadt und Land aus den Köpfen ausmerzen. In jedem Worte und in jeder Zeile unserer Partei muß die

Solidarität des arbeitenden Volkes in Stadt und Land

voll und ganz zum Ausdruck kommen. Unsere Genossen selbst müssen mit sich ins Gewissen gehen und hier mitwirken. Es ist eine harte Arbeit, die wir da zu vollbringen haben. Wir gehen in den Kampf nicht mit hochfliegenden Plänen, sondern mit nüchternem Blick. Wir sehen ein ungeheures Wirkungsfeld vor uns, das unsere Kraft voll in Anspruch nehmen wird; weil aber der Sozialismus bisher alle seine Aufgaben bezwungen hat, hoffen wir auch, diese Aufgabe, dieses große Werk zu bezwingen, durch die Arbeit unserer Vertrauensmänner, das Wirken der Pioniere. Gestützt auf unsere programmatischen Grundsätze, gestützt auf die Kraft des sozialistischen Gedankens, werden wir auch hier vorwärtskommen und dem Tag zutreiben, an dem die rote Trübfahne siegreich flattern wird über Stadt und Land. (Zürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen).

Der Vorsitzende teilt mit, daß der russische Genosse Sushomilow für die Anwärterdelegation der russischen sozialrevolutionären Partei dem Parteitag seine Grüße und Glückwünsche brieflich übermittelt hat (Beifall) und schließt dann, um 7 Uhr abends die Dienstagverhandlungen des Parteitages.

Die Debatte.

Schwedhart-Bodenbach: In der vorliegenden Resolution ist ganz klar die Tendenz aufgezeigt, die uns leitet. Wir müssen im Sinne des Sozialismus zwei Punkte verfolgen und zwar die Lösung der Triebkräfte, die vorhanden sind in der Landwirtschaft in bezug auf die Produktion und deren Hebung und dann die soziale Fürsorge für die arbeitenden Menschen auf dem Lande. Wir haben zwei Fragen zu erörtern. Zunächst die Stellung zum kapitalistischen Betrieb, zum Großgrundbesitz. Diese Stellungnahme ist ganz klar. Die Antwort ist: Sozialisierung. Wie weit die Sozialisierung geht, ist in dem Entwurf klar vorgezeichnet. Wir stehen mitten in einer Aktion, die sich fälschlich Sozialisierung nennt. Die Bodenreform, wie sie in der Tschechoslowakei durchgeführt werden soll, ist kein Sozialismus, sondern ist Nationalismus. Zweckverbände sollen gegründet werden, welche den Großgrundbesitz übernehmen sollen. Diese Zweckverbände sind freilich noch nicht geschaffen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Organisationen, sich draußen einen gewissen Plan zu machen. Wenn

es tatsächlich zu einer Verteilung des Großgrundbesitzes kommen sollte, müssen sich die Bezirke und Gemeinden zusammenfinden und gemeinsame Anforderungen stellen. Hier muß auch unsererseits planmäßig die Sozialisierung in Angriff genommen werden. Es ist wünschenswert, daß wir eine Zentralstelle schaffen, welche in dieser Weise arbeitet. Die Bodenreform ist heute eine Nachfrage. Wenn die tschechischen Sozialdemokraten, auf die es in erster Linie ankommt, an Boden verlieren und wenn die Agrarier an die Macht kommen, wird aus der Bodenreform in unserem Sinne nie etwas werden. Wir müssen trachten, möglichst schnell die Fühlungnahme mit unseren tschechischen Genossen herbeizuführen. Abgesehen von der Stellungnahme zum Großgrundbesitz müssen wir uns klar werden über die Stellungnahme zur kleinen Landwirtschaft. Nach meiner Auffassung wird auch in Zukunft neben dem Großgrundbesitz der Kleinbetrieb seine Existenzberechtigung haben. Klein- und Großgrundbesitz sind vielfach auf einander angewiesen, müssen einander ergänzen. Der Kleinbesitz hat allerdings neben dem Großgrundbesitz auf Kosten seiner Unabhängigkeit bestanden und der Großgrundbesitzer war bei diesem Zustand immer im Vorteil. Auch in Zukunft, wenn die Großgrundbesitzer sozialisiert werden und die Kleinbetriebe ein anderes Verhältnis zum Großbetrieb haben werden, wird diese Frage noch bestehen. Sicher aber ist, daß wir der Ausbeutung, die heute auf dem Lande herrscht, aus allen Kräften steuern müssen. Es ist unsere einfachste proletarische Pflicht, daß wir uns der Schichten annehmen. Die in hartem Tafelkampf stehen. In Böhmen gibt es weit über 700.000 Kleinbauern und Gärtner, die nicht einen Hektar Boden besitzen. Daneben gibt es hunderttausende von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern, die wir nur zum Teil organisiert haben. Daß wir sie politisch organisieren und mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen müssen, ist selbstverständlich. Aber wie wir den Konjunktur durch die Genossenschaftsvorteile schaffen, müssen wir auch dem landwirtschaftlichen Proletariat durch Genossenschaften Hilfe bringen. Die Genossenschaften können hier sogar sagen der Ertrag des Großbetriebes sein. Rantisch erklärt ausdrücklich, daß mit Hilfe des Genossenschaftswesens zum Teile wenigstens die Vorteile des Großbetriebes zugunsten des Kleinbetriebes wettgemacht werden können und die Entwicklung des Genossenschaftswesens zeigt, daß das tatsächlich zutrifft. Auch bei uns gibt es viele landwirtschaftliche Genossenschaften. Aber wir müssen mit Bedauern feststellen, daß diese Genossenschaften zum größten Teil in den Händen von Agrariern sind und daß viele Genossen zwar Mitglieder von Raiffeisensassen sind, aber nicht den entsprechenden Einfluß in ihnen haben. Überall kommt aber auch jetzt schon die Zeit, wo wir mit Hilfe unserer politischen und unserer sachlichen Organisation, des Zentralverbandes deutscher Kleinbauern und Gärtner, in diese Genossenschaft eindringen. Noch stehen Hunderttausende uns ferne, noch ist einem großen Teil des landwirtschaftlichen Proletariats der Sozialismus ein Buch mit sieben Siegeln. Ich glaube, daß wir auch eine Zentralstelle besitzen müssen, welche sich ausschließlich intensiv mit der Agrarfrage beschäftigt. Sicher ist, daß ohne die bewusste Mitwirkung des Landvolkes ein Sieg des Sozialismus nicht zu erreichen ist. Wenn wir heute diese Leitlinie beschließen, so beweisen wir damit, daß wir in die Werbestoff des Sozialismus das größte Vertrauen setzen. Es ist ein Meilenstein in der Entwicklung unserer Partei, wenn wir diese Leitlinie annehmen. Sie haben nicht Ewigkeitswert, einzelne sind heute noch unstritten, aber sie sind ein verheißungsvoller Beginn. Ich glaube nicht, daß die Agrarier sehr daran rütteln und deuteln können. Ich möchte bitten, daß Sie in Zukunft dieser Frage eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken und auf diese Weise mithelfen, den Sozialismus auch auf das Land zu verpflanzen. (Beifall.)

Barth-Saaz: Wir müssen es begrüßen, daß uns der Parteivorstand durch die vorerwähnten Resolutionen Richtlinien gegeben hat, auf denen wir alle vorhandenen Kräfte besser zusammenfassen können. Schon durch die Einbringung der Resolution ist jeder gewaltige Irrtum beseitigt worden, von dem ein Großteil der organisierten Industriearbeiter heute noch überzeugt ist, daß an der landwirtschaftlichen Misereverhältnisse nur das Landvolk und nicht auch das Industrievolk in weitestem Maße interessiert sei. Genosse Rantich hat uns gestern auseinandergesetzt, warum wir jetzt zur Stellungnahme zu dieser Frage gedrängt werden. Das tschechoslowakische Bodenamt ist einseitig und als ein Beispiel von nationaler Proletariatsbeachtung nicht von der Absicht, der Arbeiterbewegung zu dienen, sondern um ihre nationalen Aspirationen durchzusetzen.

Velbl-Staab: Die industrielle Arbeiterschaft allein wird nicht imstande sein, den Sozialismus zu verwirklichen; sie ist nur die halbe Macht, die andere Hälfte ist das Landvolk. Wir sehen ja auch, daß sich in der Zeit nach dem Umsturz alle Parteien um das Landvolk bewerben, sogar die Deutschnationalen. Bis in die letzte Zeit war das Landvolk ausschließlich ein Werkzeug der Merkanten und der Agrarier. Auch die Kommunisten bewerben sich um das Landvolk. Sie machen sich die Sache ganz einfach und sagen: wir werden den Großgrundbesitz enteignen, ihn den kleinen Bauern geben und die mittleren Bauern werden sich neutral verhalten. Das ist die Bodenreform der Kommunisten. Wer aber die agrarische Bewegung kennt, weiß, daß sie eine der wichtigsten Organisationen in diesem Staate überhaupt ist. Es wäre ein Schwindel, wenn wir alle Bauern organisieren wollten, auch den Mittelbauer. Wir wollen nur jene Klasse organisieren, die zu uns gehören und nicht in Gegensatz zu den Industriellen Arbeitern stehen. Der kleine Landwirt mit seinen paar Ertrich Grund ist unser Klassengenosse, denn was er produziert, verzehret er auch selbst. Er hat kein Interesse daran, daß hohe Schutzzölle existieren, sondern daß die Lebensmittel verbilligt werden. Den Teil der Lebensmittel, den er nicht selber produziert, muß er genau so gut kaufen, wie der Industriearbeiter. Seine Kinder schickt er hinaus als Knechte zu den Bauern oder als Arbeiter in die Industrie. Daher hat er auch ein Interesse für höheren Lohn und für soziale Gesetzgebung. Ich möchte nur noch ein paar Worte zur Bodenreform sagen. Diese ist nicht so, wie wir sie wünschen. Aber es kommt immer darauf an, wie ein Gesetz durchgeführt wird und wer die Macht im Staate bildet. Unsere Bodenreformgesetzte wären nicht so schlecht, aber das Verhältnis ist, daß im tschechoslowakischen Staate alle Fragen vom nationalen Standpunkt aus beurteilt werden. Immer ist die Frage: Auf welche Weise werden wir in nationalitätlicher Beziehung gewinnen? Nun möchte ich von der Rentabilität der Besitze einige Worte sprechen. Es wird im Allgemeinen angenommen, daß der Großgrundbesitz der rentabelste Besitz ist. Wir wollen gewiß, daß der Großgrundbesitz nicht zerfallen wird, aber es gibt Gebiete, die überhaupt nicht zentral bewirtschaftet werden können und wir müssen froh sein, daß wir noch kleine Landwirte finden, die diesen mageren Boden überhaupt bearbeiten. Nach den letzten Ergebnissen der Volkszählung existieren in Böhmen, Mähren und Schlesien 1.222.672 Besitzer bis zu fünf Hektar Boden. Mit der Slowakei haben wir eineinhalb Millionen Kleinbauern und Häusler. Wir sind nun verpflichtet, für die eineinhalb Millionen Häusler einzutreten und ihre materielle Lage zu verbessern. Ein Wort noch von den Disziplinarverbänden. Diese sollen, wie Genosse Jaskch ausgeführt hat, die einzige Lösung in der Bodenreform sein und den gesamten Boden übernehmen. Es ist das in der Theorie sehr schön, aber wie gegenwärtig die Verhältnisse in der tschechoslowakischen Republik bestehen, haben sie vorläufig überhaupt keinen praktischen Wert. In der Republik wird die Bodenreform nach den bestehenden Bodenreformgesetzen durchgeführt werden. Ich spreche mich nicht gegen die Disziplinarverbände aus, aber wir dürfen keine Schablone anwenden, keine starren Organisationsformen schaffen. Es wird sich in Zukunft zeigen, auf welche Art und Weise das schwierige Problem überhaupt gelöst werden kann. Zum Schluß möchte ich nur noch sagen: Es wird sich zeigen, ob es möglich ist, in absehbarer Zeit das Landvolk für uns zu gewinnen. Denn davon hängt es ab, ob der Sozialismus verwirklicht werden wird und ich glaube, wie es einmüßig der Resolution heißt, daß wir in brüderlicher Gemeinschaft für unsere Ziele arbeiten sollen. Das wird tatsächlich möglich sein, wenn wir nicht nebeneinander, sondern miteinander für den Sozialismus wirken, damit wir endlich unser Ziel erreichen. (Beifall.)

Ritschmann-Neutischlein. Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so nur deshalb, um auf die ungeheure Bedeutung der Lösung dieser Frage aufmerksam zu machen. Unsere Parteigenossen sind leider in dieser Frage nicht alle genügend informiert. Wer die Geschichte der Partei kennt, wird wissen, daß sich durch alle Tagungen der Partei die Frage des Agrarprogramms wie ein roter Faden hindurchzieht. Wenn wieder normale Verhältnisse am Weltmarkt eintreten werden, wird es nicht nur die Konkurrenz der großen Landwirte gegenüber den kleinen, sondern hauptsächlich die überseitsige Konkurrenz sein, welche die kleinen Landwirte konkurrenzunfähig machen wird. In diesem Momente werden wir beobachten können, wie diese kleinen Landwirte wieder in das alte Elend der Vorkriegszeit zurückfallen. Wir haben auch die volle Ueberzeugung, daß

es eine Lösung der sozialen Frage auf dem Lande nicht gibt, ohne eine grundsätzliche Aenderung der gegenwärtigen Rechtsverhältnisse auf dem Lande. Es ist nicht denkbar, daß man an die Vergesellschaftung der Betriebe herantritt und gleichzeitig auf dem Lande die jetzigen eigentlichen Verhältnisse bestehen läßt. Das ist der wundeste Punkt der Landwirte, daß der Eigentumsfanatismus bei ihnen durch jahrzehntelange Erziehung ausgebildet wurde. Die kapitalistische Ordnung ist bei den Landwirten so fest verankert, daß sie sich eine Gesellschaft ohne diesen Eigentumsbegriff nicht denken können. Wenn wir nun die Agrarreform vorbereiten wollen, so müssen wir vor allem einen anderen Begriff von der Welt in die Köpfe der Landwirte hineinbringen. Wir müssen ihnen vor allem sagen, daß sie nur ein Teil dieser großen Gesellschaft sind und sich in den großen Wirtschaftskreislauf der Zukunftsgesellschaft eingliedern müssen. Eine solche Zukunftsgesellschaft kann das Eigentum im heutigen Sinne nicht brauchen, sie muß auf die Bedarfswirtschaft der ganzen Welt eingestellt sein. Wir müssen also in dem Agrarprogramm die Forderung aufstellen, daß wir für die Entziehung allen Bodens sind, auch der kleinen Parzellen, die nicht ausschließlich dem persönlichen Bedarf dienen und daß mit diesem Boden für die Gesellschaft und durch die Gesellschaft gewirtschaftet werden soll. Dieses Programm wird sich in den Köpfen einleben, man wird sich damit beschäftigen und die Sache diskutieren. Wenigstens werden wir für unsere Genossen Richtlinien haben, nach denen sie ihre Agitation einrichten können. Wenn die Landproletarier sehen werden, daß wir es mit ihnen ernst meinen, dann werden sie uns beitreten und wir werden auf die Dauer Anhänger gewinnen, dann wird die Lösung dieser Frage nicht ausbleiben sein. Das erfordert aber Arbeit, viel Arbeit, aber sie ist des Schweißes wert. Ich bitte Sie daher, dieser Frage ein größeres Augenmerk als bisher zuzuwenden. Was hier geschaffen wurde, ist keine Lösung, sondern nur ein Schritt dazu und wir dürfen deshalb nicht erschauern und werden schon in nächster Zeit mit einem besseren Programm herauskommen müssen, mit dem wir, getreu unseren Grundätzen, auch das Landvolk aus den Fesseln des Kapitalismus befreien können.

Ritschmann-Neutischlein: Seit neuester Zeit versucht es der Bund der Landwirte, im Verein mit der Gewerbetarier wieder festen Fuß zu fassen. In allen Ländern bestehen schon Ortsgruppen der Gewerbetarier. In den Versammlungen hat auch der Bund der Landwirte erklärt, daß alle diejenigen, die Mitglieder der Organisationen von Kleinbauern und Häuslern sind, bonotiert werden müssen. Es ist notwendig, daß sich unsere Partei dieser Frage endlich einmal annimmt. Ich appelliere an förmliche Vertrauensmänner, sich mit den Vertrauensmännern der Organisation der Kleinbauern und Häusler in Verbindung zu setzen und dann wird es möglich sein, daß unsere Organisation nicht Abbruch erleidet.

Jaskch-Schlusswort:
Von mehreren Debattenrednern wurde die alte Streitfrage wieder aufgerollt: Groß- oder Kleinbetrieb. Ich glaube, daß diese Frage nicht durch einen Parteitagbeschluss entschieden werden wird, sondern daß hier die ökonomische Entwicklung und die Notwendigkeiten der Produktion entscheidend sein werden. Vor allem müssen wir uns auch gegenüber dem landwirtschaftlichen Kleinbetrieb an die bisherigen Erfahrungen halten, die bezeugen, daß hier durch Gewalt von Ansehen oder durch Dekrete an den realen Verhältnissen nichts geändert werden kann. Deshalb kann ich mich dem Genossen Ritschmann, der der Regelung der Frage auf eine Aenderung der Erbrechte zuspitzte, nicht anschließen. Wir müssen klipp und klar aussprechen, daß wir eine Aenderung der Wirtschaftsverhältnisse im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, soweit es durch die Interessen der Gesamtheit notwendig erscheint, nur anstreben im vollen Einvernehmen mit den großen Massen der Landbevölkerung. Genosse Leibl hat erklärt, der Vorschlag betreffend die Errichtung von Zweckverbänden zur Uebernahme der Großgrundbesitze sei eine Theorie. Eine Theorie müssen wir aber haben und ich meine, daß man in der Hinsicht nicht so ängstlich sein soll. Wir haben die Möglichkeit, die Großgrundbesitze vor der Zertrümmerung zu retten, einen Wall gegen die geplante Verstaatlichung aufzurichten, aber auch die Möglichkeit, im Rahmen dieser Lösung den Güterbeamten und Landarbeitern weitgehendes Mitbestimmungsrecht zu gewähren und auch den Kleinbauern viele ihrer Existenzsorgen erleichtern zu können. Ich hoffe auch, daß unsere tschechischen Genossen mit diesem Vorschlage sich ernstlich befassen und zumindest auskennen sehen werden. Was wir beschließen, ist kein abschließendes Programm. Es soll zu den Dingen, wie sie heute an uns herantreten, Stellung nehmen und die Agitation unterstützen.

Wohl ist die Agitation schwierig, aber hier können wir uns darauf verlassen, daß die kapitalistische Entwicklung unserer bester und zuverlässigster Bundesgenossen sein wird. Was unser gutes ehrliches Wort den Leuten nicht beibringen vermag, was an ihrem Mißtrauen scheitert, wird ihnen morgen die Entwicklung mit eburner Gewalt in die Köpfe hämmern. So hoffen wir zuversichtlich, daß mit diesem Parteitagbeschlusse heute der Anfang gemacht werden wird für die Eroberung des Landvolkes für den Sozialismus.

**Der Parteitag beschließt sodann die Annahme folgender Resolutionen und Aufträge:
Für eine Revision der Bodenreformgesetzte.**

Der Parteitag stellt fest, daß die von der ernannten Nationalversammlung unter Ausschluß der Vertreter der nichttschechischen Nationen beschlossene Bodenreform mit dem Prinzip der Sozialisierung des Großgrundbesitzes nichts gemein hat. Sie ist das Ergebnis eines ungelungen Kompromisses zwischen den tschechischen Bauern, bei dem sich die agrarischen und kapitalistischen Interessentengruppen einen entscheidenden Einfluß zu sichern vermochten. Zudem stellen die Machthaber dieses Staates die Bodenreform in den Dienst der tschechisch-nationalen Eroberungspläne. Wird diese Reform nach den Bestimmungen der bestehenden Gesetze gemäß den Wünschen der agrarischen und kapitalistischen Parteien durchgeführt, so bedeutet dies eine Schwächung der gesamten Volkswirtschaft, eine Bedrohung der Volksernährung und einen technischen Rückschritt. Die bisher im Sinne des Bodenreformgesetzes erfolgten Parteistellungen haben die Existenz tschechischer Landarbeiter und Güterbeamten vernichtet oder org. bedroht. Eine weitere planlose Verstaatlichung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes hätte für die dort beschäftigten Arbeiter und Pächter verheerende Folgen.

Die im Bodenreformgesetz vorgesehene und von fast allen tschechischen Parteien verlangte Verstaatlichung des enteigneten Waldbesitzes vertritt der Parteitag ausdrücklich, da nach allen bisherigen Erfahrungen der bürokratische Überlebensstaat unfähig ist, im Wirtschaftsprozess produktive Funktionen von bedeutenderem Umfange zu bekleiden.

Gleichfalls erblidet der Parteitag in den im Bodenreformgesetz vorgesehene und von einzelnen tschechischen Parteien geforderten Produktionsgenossenschaften aus Arbeitern und Angestellten des bisherigen Großgrundbesitzes, sowie aus Bodenbesitzern, keinen befriedigenden Ausweg zu einer allgemeinen Lösung der Landwirtschaftsfrage auf den enteigneten Gütern. Derartige Produktionsgenossenschaften müßten an den bestehenden Einflüssen der kapitalistischen Umwelt in der Regel scheitern.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß der mit der Durchführung der Bodenreform betraute bürokratische Apparat, das staatliche Bodenamt, unfähig ist, eine Umgestaltung von solcher wirtschaftlicher und sozialer Tragweite zu vollziehen. Tausende von Gesuchen der Bodenbesitzer liegen im Bodenamt seit Jahr und Tag unerledigt. Die vorwiegend nach nationalen Gesichtspunkten errichteten Präzedenzstellen dieses Amtes sowie seine sonstigen Aufgabenorgane arbeiten zumeist ohne entsprechende Kenntnis der Lokalverhältnisse und ohne hinreichende demokratische Kontrolle.

Nach seinen Arbeitsplänen rechnet das staatliche Bodenamt mit einem Zeitraum von 10 bis 20 Jahren bis zur Vollendung des Werkes. Die Durchführung der Bodenreform in diesem Tempo würde auf einem großen Teil des beschlagnahmten Großgrundbesitzes den bisherigen Eigentümern auf Jahre hinaus die Möglichkeit zu einer Landwirtschaft bieten. Die Vornahme von Investitionen sowie die Einführung von technischen Neuerungen würde behindert.

Aus allen diesen Gründen fordert der Parteitag die parlamentarische Vertretung der Partei auf, in den bestehenden Körperschaften eine entsprechende Revision der bestehenden Bodenreformgesetzte zunächst in folgenden Punkten anzustreben:

1. Schnellste Enteignung des beschlagnahmten Großgrundbesitzes und der damit zusammenhängenden Industriebetriebe einschließlich des toten und lebenden Inventars und Uebergabe an öffentlich-rechtliche Körperschaften, Zweckverbände, die aus autonomen Selbstverwaltungsorganen unter Zuziehung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, der Arbeiterorganisationen der Kleinbauern und Häusler und der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisationen zu bilden sind. Unterteilung von hiezu geeigneten Boden an Einzelbesitzer nur unter Mitwirkung der Zweckverbände. Verpflichtung der Zweckverbände, den erzielten Reinertrag für produktive Ausgaben auf den von ihnen bewirtschafteten Böden sowie für kulturelle und soziale Ausgaben zu verwenden.
2. Reorganisation des Bodenamtes, Entbürokratisierung und Zentralisierung seiner Arbeit; Vieldrängung seiner Aufgaben auf eine zentrale Anstalts- und Kontrollgewalt sowie als Appellationsinstanz. Zusammenlegung des Verwaltungsausschusses des Bodenamtes nach der parlamentarischen Stärke der politischen Parteien.
3. Errichtung der Präzedenzstellen des Bodenamtes entsprechend den praktischen Bedürfnissen und der geographischen Lage der zu enteignenden Güter, Ausstattung dieser Präzedenzstellen mit weitgehender Vollzugs- und Kontrollgewalt durch Verwaltungsbeamte, die nach der Stärke der politischen Parteien ihres Wirkungsbereiches zu konstituieren sind.

Unser Agrarprogramm.
Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik erhebt eine brüderliche Arbeits- und Lebensgemeinschaft des werktätigen Volkes in Stadt und Land, die Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft auf allen Gebieten und ihre Ersetzung durch eine

planvolle sozialistische Bedarfsproduktion. Die nach kapitalistischen Grundätzen betriebene Landwirtschaft vermag weder der arbeitenden Landbevölkerung menschliche Existenzverhältnisse zu bieten, noch die Bedürfnisse der industriellen Arbeiterschaft nach ausreichender, billiger Ernährung zu befriedigen. Das Ausbeutungsgeheimnis hemmt den Aufstieg des arbeitenden Landvolkes und lähmt den technischen Fortschritt der Agrarproduktion.

Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei erkennt es als ihre Aufgabe, die gesellschaftlich notwendige Entwicklung zur sozialistischen Gemeinwirtschaft auch in diesem Produktionszweig mit aller Kraft zu fördern und zu beschleunigen, den Klassenkampf des ausgebeuteten Landvolkes zu organisieren und zu führen. Die wirtschaftliche und politische Befreiung des Landvolkes ist innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich und darum muß das Landproletariat in enger Gemeinschaft mit der Industriearbeiterschaft um die Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsordnung kämpfen.

Die Steigerung und Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion ist eine der Voraussetzungen für den sozialen und kulturellen Fortschritt der Landbevölkerung und zur Erreichung des sozialistischen Endzieles, weshalb die Partei alle Bestrebungen, die die Verwertung der wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften in der Landwirtschaft anstreben, voll und ganz unterstützen wird.

Von diesen Grundätzen ausgehend, wird die Partei ihren Kampf auf die Durchsetzung folgender Forderungen richten:

- I. **Sozialisierung des Großgrundbesitzes.**
 - a) Der gesamte Großgrundbesitz sowie alle land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, die ganz oder vorwiegend auf die Inanspruchnahme von Lohnarbeit angewiesen sind und somit Ausbeutungseigentum bilden, sind in gesellschaftliches Eigentum zu überführen.
 - b) Bewirtschaftung der enteigneten Betriebe nach sozialistischen Grundätzen durch Organe der Gesellschaft unter weitestgehender Anteilnahme der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten, Ergänzungen und Arrondierungen der bestehenden landwirtschaftlichen Kleinbetriebe aus Bodenflächen des Großgrundbesitzes, die zu einer rationalen, zentralen Bewirtschaftung nicht geeignet sind.

- II. **Organisation der bäuerlichen Wirtschaften.**
 - a) Die Zerplitterung der Produktionskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben, die Arbeitseigenentum bilden, ist durch Ausbau und intensivste Förderung der Maschinen-, Molkerei-, Viehzucht- und Weidewirtschaften planmäßig zu beseitigen und den Schäden des kapitalistischen Zwischenhandels ist durch die Ein- und Verkaufsgenossenschaften, durch Anbahnung direkter wechselseitiger Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft zu steuern.
 - b) Der Bodenwucher ist durch ein Grundbesitzgesetz einzudämmen, durch den Ausbau des genossenschaftlichen Kreditwesens sind die Gefahren des Zinswuchers von der Landbevölkerung abzuwehren.
 - c) Mitbenützungrecht für alle Kleinbauern und Pächter an den Gemeindegütern, Aufhebung aller Servituten, Bevorzugung der kleinen Landwirte bei der Verpachtung von öffentlichen Grundstücken und Schaffung eines ausgedehnten gesetzlichen Schutzes für alle Kleinpächter.
 - d) Ausbau der Landkulturarbeit auf einer demokratischen, alle land- und forstwirtschaftlichen Beschäftigten umfassenden Zentralorganisation, Schaffung von Gebietskulturämtern als ständige Beratungsstellen für die Landbevölkerung in allen Fachangelegenheiten, Einführung eines regelmäßigen Inspektionsdienstes für alle Landwirtschaftsbetriebe, planmäßige Durchführung der Meliorationen und Kompositionen, Ausbau des landwirtschaftlichen Verkehrswesens, Schaffung von Muster-, Versuch- und Saatgutwirtschaften.

- III. **Sozialpolitische und kulturelle Forderungen.**
 - a) Regelung des Arbeitsverhältnisses aller in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben dauernd und vorübergehend in Lohnarbeit Beschäftigten durch Kollektivverträge.
 - b) Ausdehnung aller sozialpolitischen Einrichtungen auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Existenzbedingungen.
 - c) Durchführung einer umfassenden Schulreform, Umgestaltung der ländlichen Volksschulen nach den Grundrissen der Arbeitsschule, Ausstattung der Grundschulen mit Schuläthern, agronomische Fachbildung der in Landwirtschaftsgegenständen tätigen Volksschullehrer.
 - d) Ausbau des land- und forstwirtschaftlichen Fortbildungsschulwesens mit obligatorischer Besuchspflicht für alle landwirtschaftlichen Berufstätigen zwischen 14 und 16 Jahren, Ausgestaltung der land- und forstwirtschaftlichen Mittel- und Hochschulen, deren freier Besuch für Begabte aus allen Schichten des Landvolkes auf Kosten der Gesellschaft; Abhaltung von unentgeltlichen Fachkursen für alle land- und forstwirtschaftlichen Spezialfächer in ausgedehntem Maße.

Der Parteitag wolle beschließen:
Der Parteitag anerkennt die dringende Notwendigkeit der sozialistischen Agitations- und Organisationsarbeit unter den arbeitenden Schichten der Landbevölkerung. Er verpflichtet daher die Partei und alle ihre Vertrauenspersonen, mit unermüdlichem Eifer die landwirtschaftlichen Proletarier, Arbeiter, Arbeiterinnen, Dienstboten, Häusler und Kleinbauern als Mitglieder der politischen Parteiorganisationen zu gewinnen, die Parteipresse unter ihnen in größtmöglichem Umfange zu verbreiten, sie zu bewährten Kämpfern für den Sozialismus zu machen. Ferner werden alle Parteimitglieder ersucht, im Interesse der gemeinschaftlichen Bewegung der Land- und Forstarbeiter ebenso zu wirken und sie zu unterstützen, wie die genossenschaftlichen und sonstigen Organisationen der Kleinbauern und Häusler.

Der Parteitag wählt einen aus sieben Mitgliedern bestehenden Verbandsauschuss für die Agrarpolitik, der die Aufgabe hat, in allen landwirtschaftlichen Fragen Vorschläge an den Parteivorstand zu erlassen. Das Statut über die Tätigkeiten dieses Ausschusses beschließt der Parteivorstand. Dieser Ausschuss wird auf jedem ordentlichen Parteitag neu gewählt.

Es folgt hierauf das mit stürmischem Beifall ausgenommene Referat des Genossen Cermal, „Wiederaufbau der Internationale“, das wir morgen veröffentlichen werden. In der Debatte zu diesem Punkte sprach nur Genosse Fiedler. Genosse Cermal verzichtete auf das Schlusswort und der Parteitag beschloss einstimmig den

Der diesbezügliche Antrag des Parteivorstands lautet:

Weitritt zur Arbeitsgemeinschaft.

Der Parteitag anerkennt, daß der Parteivorstand durch die Delegation zur Wiener Konferenz und zur gründenden Konferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien in Wien im Sinne des Karlsbader Parteitagbeschlusses gehandelt hat, welcher ausdrückte: „Die Wiederherstellung einer der Gesamtheit des klassenbewußten Proletariats umfassenden Internationale, die das Proletariat zu kampffähiger Geschlossenheit bereinigt, wird durch die Partei mit allen Kräften gestützt und gefördert werden.“

Der Parteitag spricht sein Einverständnis mit den Beschlüssen der Konferenz in Wien aus und beschließt den Weitritt zur internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, deren Beschlüsse als für unsere Partei verbindlich anerkannt werden.

Die Wahl des Parteivorstandes und der Parteikontrolle.

Dr. Czech — der Nachfolger Sellners.

Genosse Grünzner (namens des Wahlkomitees): Nach der Fülle von Arbeit und Anregungen obliegt es nun dem Parteitag, der Partei die Führung und Leitung zu geben. Im Auftrage der Mandats- und Antragsprüfungskommission haben wir Ihnen den Bericht über deren Verhandlungen zu erstatten. Vor allem mußten wir uns mit der Frage des Vorstehens, d. h. des Erlases für unsere unvergeßlichen Genossen Seliger beschäftigen und es war uns nicht schwer und die Kommission war sich nicht einen Augenblick darüber im Unklaren, wer in Zukunft unser geistiger Führer sein sollte. Ich kann Ihnen wohl mit Freude berichten, daß wir als unsere Führer unseren bewährten Genossen Dr. Czech in Vorschlag bringen (Beifall). Die Kommission schlägt Ihnen also vor, den Genossen Dr. Czech als Vorsitzenden der Partei zu wählen. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Dr. Heller zur Geschäftsordnung. Ich beantrage, an Stelle der Wahl durch Stimmentel die Wahl durch Akklamation vorzunehmen.

Vorsitzender Fözl schreitet zur Abstimmung und konstatiert die einstimmige Wahl des Genossen Czech zum Parteivorstehenden. (Erneuter stürmischer Beifall.)

Der neue Parteivorstand,

der einstimmig gewählt wurde, setzt sich folgendermaßen zusammen: Gusti Burok-Karlsbad, Karl Cermal-Prag, Dr. Ludwig Czech-Brünn, Dr. Karl Heller-Teplitz-Schönau, Oswald Hillebrand-Karlsbad, Josef Hübner-Teplitz-Schönau, Wenzel Jaksch-Romolau, Hans Zell-Troppau, Franz Kögler-Bodenbach, Heinrich Kremsler-Teplitz-Schönau, Wilhelm Niehauer-Brünn, Anna Perthen-Bodenbach, Elise Plöschel-Dux, Adolf Pohl-Jallanau, Leopold Pözl-Auffig, Karl Reichel-Wöhm, Ceipa, Adolf Reipner-Bodenbach, Elise Schäfer-Reichenberg, Hieronymus Schlohnickel-Sternberg, Johann Ullmann-Neuhammer.

In die Parteikontrolle

wurden einstimmig gewählt: Anton Augusten-Warnsdorf, Maria Deutsch-Prag, Albin Dötsch-Eger, Theodor Hadenberg-Brünn, Robert Havel-Trautman, Franz Kuplent-Krumau, Heinrich Nitschmann-Neutitschein, Siegfried Taub-Brünn, Johann Brozili-Brünn.

Einstimmig gewählt wurden ferner in den Vollzugsausschuss:

Gusti Burok-Karlsbad, Karl Cermal-Prag, Dr. Ludwig Czech-Brünn, Dr. Karl Heller-Teplitz-Schönau, Oswald Hillebrand, Adolf Pohl-Jallanau, Franz Kögler-Bodenbach, Karl Reichel-Wöhm-Ceipa; in die

Generalsekretäre für das Bildungswesen

Wenzel Horn-Karlsbad, Josef Hübner-Teplitz-Schönau, Emilie Jordan-Praschitz, Franz Kögler-Bodenbach, Rud. Rüd-

Teplitz-Schönau, Gustav Schweber-Prünn, Dr. Emil Strauß-Prag; in die Vertretungsstelle für Gemeindeangelegenheiten Eduard Fiedler-Pöhlitz; Josef Goth-Warnsdorf, Otto Ratschinka-Brünn, Leopold Pözl-Auffig, Adolf Reipner-Bodenbach, Johann Tränka-Jägerndorf, Franz Uhl-Graupen, Eugen de Witte-Karlsbad; in den

Verbandsauschuss für Agrarfragen:

Wenzel Barth-Soaz, Wenzel Hadel-Böhm-Kammig, Wenzel Jaksch-Romolau, Franz Kuplent-Krumau, Dominik Leibl-Bradzen, Heinrich Nitschmann-Neutitschein, Josef Schweichart-Bodenbach, Johann Uhl-Dux.

Der Parteitag schreitet sodann zur Erledigung des letzten Punktes der Tagesordnung:

„Allgemeine Anträge“.
(Referent Genosse Cermal.)

Angenommen wird der Antrag 27 der Bezirksorganisation Tschajestien, der die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Agitation unter den Intellektuellen lenkt und der Antrag 29 Preßburg auf Anerkennung des dortigen Wochenblattes „Volkrecht“.

Der Antrag 28 der Kreisorganisation Karlsbad auf Zuweisung der Bezirksorganisation Weipert-Rechnitz zum Verbreitungsbereich des „Volkswille“ statt der „Volkzeitung“ wird den beiden Kreisorganisationen zur eigenvernehmlichen Erledigung zugewiesen.

Genosse Cermal referierte dann ausführlich über den Antrag 34 der Bezirksorganisation Karlsbad über die Aufstellung der Kandidaten. Er anerkennt den Grundgedanken, daß die Mitgliedschaft an der Kandidatenaufstellung teilnehme, hält aber den Antrag in der vorliegenden Form nicht für annehmbar. Das letzte Wort über die Kandidatenliste muß irgend eine Instanz der Partei haben. Der Gedanke der Urabstimmung ist wertvoll für unsere Parteientwicklung, auch bei der Wahl der Parteitagdelegierten, aber die Durchführung bedarf noch mancher Erörterung und begegnet manchen Schwierigkeiten. Der Referent beantragt daher die Ablehnung des Antrages, dessen Gedanke auf dem nächsten Parteitag in der entsprechenden Form Geltung erhalten soll.

Eine längere Debatte entspann sich hierauf über die letzten zwei Zeilen des Karlsbader Antrages, deren Annahme Genosse Lorenz-Karlsbad wünscht. Danach sollen in die Kandidatenliste nur aufgenommen werden, wer seit mindestens fünf Jahren ununterbrochen Mitglied der Partei ist. Der Referent beantragt die Ablehnung, Vorsitzender Dr. Czech läßt abstimmen, der Referent bittet, mit der Abstimmung auszusparen, um den Karlsbader Beschluß zu zitieren, durch dessen feinerzeitige Annahme der Antrag Lorenz hinfallig erscheint. In der darauf weitergehenden Debatte sprachen noch die Genossen Dr. Heller (gegen den Antrag Lorenz), der dann eine mindestens zweijährige Parteimitgliedschaft verlangte und Dr. Strauß (für den Antrag Lorenz und zur Geschäftsordnung). Die Abstimmung ergab die Annahme des Referentenantrages.

Abgelehnt wurde ferner nach längerer Begründung durch den Referenten und einer kurzen Erwiderung Stenosa (für die Antragsteller) der Antrag 28 der Bezirksorganisation Wöhm-Kammig auf Einführung der Urabstimmung zur direkten Einflussnahme auf die Parteipolitik.

Der Antrag 37 der Kreisorganisation Karlsbad: Der Parteitag wolle beschließen, das Gebiet des Gerichtsbezirkes Tepl wird vom Gebiete der Kreisorganisation Karlsbad abgetrennt und jenem der Kreisorganisation Mies zugewiesen, wird dem Parteivorstand zugewiesen, der sich mit den beiden in Betracht kommenden Kreisorganisationen ins Einvernehmen zu setzen hat.

Die Lokalorganisation Ralsburg hatte folgenden Antrag (43) eingebracht:

Der Parteitag wolle beschließen, daß für den politischen Bezirk Ralsburg eine selbständige Parteikreisorganisation gebildet oder daß das ganze deutsch-slawische Gebiet in eine Organisation zusammengefaßt werde.

Der Parteitag wolle beschließen, daß ein Komitee, wie ein Grundbuch, über sämtliche Genossen und Genossinnen, welche für die verschiedenen Verwaltungsstellen in Gemerkchaften und öffentlichen Stellen in Betracht kommen und bildungslos sind, angelegt werde.

Der erste Teil dieses Antrages wurde der Kreisorganisation Brünn, der zweite Teil dem Parteivorstand zugewiesen.

Der Antrag 24 Lundenburg auf Einhebung einheitlichen Beitrages für die Partei, die Turn- und Sportvereine, die Jugendlichen, Gelandsportvereine und Naturfreunde, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag 30 der Bezirksorganisation Eger auf Änderung der Beiträge in den Lokalorganisationen und der Antrag 33 der Lokalorganisation Praschitz auf Befrei-

ung kranker Mitglieder von der Beitragspflicht.

Der Antrag 26 der Bezirksorganisation Soaz, einen Wechsel der Farbe der Parteimarken nach jedem Geschäftsjahr einzuführen, wurde dem Parteivorstande zur Entscheidung zugewiesen, ebenso folgender Antrag (36) der Bezirksorganisation Pilschau: „Der Parteitag wolle beschließen, daß die Parteilegitimationen durch Vertrauensleute der Betriebsstätten allmonatlich kontrolliert werden. Jeder ordentliche Arbeiter muß politisch und gewerkschaftlich organisiert, Marken und Parteiblatzquietung allmonatlich vorweisen können.“

Fortsetzung der Budgetdebatte im Genat.

Der Senat beendete gestern mit der Rede des tschechischen Agrarikers Krosch die Generaldebatte und trat in die Spezialdebatte zum Budget ein, welche um 11 Uhr nachts noch andauerte und heute fortgesetzt wird. Ohne in Parteifarbe zu verfallen, kann man die Rede des Genossen Dr. Heller, die wir noch ausführlich nachtragen, als einen großen Gewinn der Debatte bezeichnen. Es war eine scharfe Abrechnung mit der Regierungspolitik der letzten Monate, eine klare Antwort auf die geistige Rede des tschechischen Sozialdemokraten Dr. Soukup. Von unseren Genossen sprachen noch die Senatoren Karolim und Kiese-wetter. Alle drei Reden waren von dem Geiste einer gerechten konstruktiven Kritik befeelt. Ansonsten wäre von der Debatte, die bis auf die Rede des slowakischen Ministeren Palbo rufin und immer ruhiger verläuft, nichts Wesentliches zu berichten.

Vizepräsident Padcaal eröffnete noch 10 Uhr vormittags die Sitzung und erteilt das Wort dem

Senator Genosse Dr. Heller.

Genosse Heller bezieht die Stellungnahme unserer Partei zur Regierung und wendet sich zunächst den Ereignissen in Oberschlesien zu. In dieser Frage hätte die tschechische Regierung Beobachtungen machen müssen, was jedoch nicht der Fall war. Der Lohn für dieses gute Verhalten zu Polen war offenbar der mit Polen abgeschlossene Vertrag, dessen Wortlaut wir aber bis heute nicht kennen. Der Vertrag mit Polen enthält Bestimmungen, die uns die schwersten Bedenken einflößen müssen, insbesondere jene, welche von der Durchfuhr von Kriegsmaterial handeln. Diese Bestimmungen sind einzig und allein gegen Deutschland und Rußland gerichtet. Wir müssen den Vertrag mit Polen ablehnen. Redner wendet sich sodann der Besprechung der Ereignisse in Ungarn zu, kritisiert die Stellungnahme unserer auswärtigen Politik zu ihnen und folgert aus ihnen, daß die Politik des Ministerpräsidenten hierbei eine vollständige Niederlage erlitten habe. Genosse Heller fordert weiters die Regierung auf, die Ergebnisse der Konferenz von Portorose sobald als möglich der Bevölkerung mitzuteilen. Durch die Einführung einer parlamentarischen Regierung hat sich bei uns bisher nicht viel geändert. Vor allem ist die Petta geblieben. Es ist aber in einem parlamentarischen Staat ein unerhörter Zustand, daß es in ihm zwei Regierungen gibt, eine die hier auf den Wahlen sitzen sollte, und eine, die von Answärts diese Regierung leitet. (Zwischenruf: Illegale Regierung!) Das aber widerspricht im Wesen jeder Demokratie. In der Slowakei wird regiert gegen alle Völker, die dort wohnen. Auch unsere Militärverwaltung zeigt Anzeichen einer nicht einwandfreien Verwaltung. Redner bezieht die Tätigkeit der Geheimpolizei, die Zustände im Militärlager von Ughorod, erhebt Widerspruch gegen die geplante Erhebung des Posttarifes und vermahnt sich dagegen, daß die Regierung bei jedem Lohnkampf eingreift, in dem sie Gendarmerie hinschickt. Er führt Klage gegen das Oberlandesgericht in Prag, welches bedingte Verurteilung ausstößt, sobald nur ein vollständiger Anstrich vorhanden ist. Er verlangt die Amnestie der Kommunisten, damit endlich jener Zustimmungs wieder ausgemacht werde. Das System der Finanzverwaltung entspricht nicht seinen Ansprüchen, er verlange eine Reorganisation der Steuerbehörden, endliche Durchführung der Vermögensabgabe, Erhaltung der Nachkriegsgewinne und Erhöhung der Grundsteuer für die Bemittelten. Auch die Besteuerung der Industrie müsse auf andere Grundlage gestellt werden. Er verlangt endliche Durchführung des Pensionsgesetzes. An Stelle der auswärtigen Anleihen müssen innere treten und diese sind erst möglich, wenn endlich einmal die Frage der Kriegsanleihe und der Vorkriegsrenten gelöst ist. Redner bezieht sodann die Stellung der deutschen Sozialdemokraten zum Staat und zu den übrigen proletarischen Parteien. Die Politik der Mehrheit ist es, die die Grundfesten dieses Staates erschüttert. Verlangen Sie kein Lippenbekenntnis zu diesem Staat, denn, wenn Sie die Rechte anderen Völkern anerkennen, so wird von selbst gesehen, was Sie verlangen. Nach dieser Rede bekam Sen. Jirasek (tschech. Soz. Dem.) einen Wutanfall, in welchem er gegen neue Steuern eingeführt werden.

Angenommen wurde schließlich der Antrag 47 des Parteivorstandes, der nächste Parteitag soll über einen eigenen Punkt „Bildungsarbeit“ verhandeln und der Antrag 55, der den Parteivorstand beauftragt, mit den bestehenden Parteibuchhandlungen und Parteidruckereien Verhandlungen über Schaffung eines Verbandes zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufes, der Vereinfachung der gesamten Betriebsführung und der Geschäftsabrechnung zu führen.

Den Schluß des Parteitagberichtes bringen wir morgen.

die deutschen Sozialdemokraten die unsinnigsten Vorwürfe erhebt. Er wurde für sein Verhalten auf der Stelle bestraft, indem ihn Abt Javoral beglückwünschte.

Senator Krosch (tschech. Agrarier) polemisiert gegen die Deutschen und erklärt, daß er an die geänderte Mentalität der Deutschen nicht glaube. Es gibt keinen Tschechen, der die Slowaken nicht lieben würde. Zur Zeit der magyarischen Herrschaft sei auch die Kirche ganz unter dem Diktat des magyarischen Klerus gestanden. Er kritisiert hierauf das Budget und findet, daß den Landwirten in ihm genügend Rechnung getragen wurde. Das Budget für die Kirche bleibt noch immer unter dem Existenzminimum. Im übrigen aber spricht er der Regierung sein Vertrauen aus.

Senator Genosse Jarolim

befürchtet den jüngsten Bergarbeiterstreik, bel dem sich gezeigt habe, daß die Bergwerksbesitzer die Staatsgewalt auf ihrer Seite haben. Man habe sich aber auch bemüht, die Lohnfrage auf ein anderes Gebiet zu drängen, sie zu einem nationalen Streitfall zu machen. Die Kohlenwirtschaft dieses Staates hat die Schuld an den Ereignissen, welche wir in der nächsten Zeit zu gewärtigen haben. Stehe die Regierung auf dem Standpunkte, daß die Kohle nur zu eigenem Verbrauch erzeugt werden soll, so bedeutet das, daß wir in der nächsten Zeit mindestens 40.000 Bergarbeiter zu viel haben! Will die Regierung das nicht, so muß die Kohlenwirtschaft so geleitet werden, daß die Betriebe aufrecht erhalten bleiben können. Wir verlangen daher die Aufhebung der Kohlensteuer und aller Ausführungspläne und Änderung der Eisenbahntarife. In dieser Richtung muß das Ministerium für öffentliche Arbeiten wirken. Der Staat muß auch dafür sorgen, daß der allgemeine Handel nicht gestört wird, daß die Beziehungen mit Deutschland und Oesterreich aufrecht erhalten bleiben. Wir müssen gegen jeden Zoll überhaupt protestieren, damit die allgemeine Volkswirtschaft nicht beschränkt wird. Wir sind für die Sozialisierung im allgemeinen, ohne Rücksicht darauf, um welches Kapital es sich handelt. (Beifall.)

Senator Jirasek (tsch. Soz. Dem.) kritisiert das Budget und erklärt, daß es das privatkapitalistische System unterstüzt und den Bedürfnissen der Arbeiterklasse nicht entspreche. Hierauf wendet er sich gegen die Ausführungen des Genossen Heller und meint, daß auch die deutsche Arbeiterklasse ehemals in Wien nationalisiert war. Die deutschen Sozialdemokraten mögen sich erinnern, daß durch ihre Schuld die tschechische Sozialdemokratie in Zentralisten und Autonomisten zerfallen wurde, was die heutige kommunistische Bewegung zur Folge habe. (Eine recht sonderbare, eine höchst kuriöse Geschichtsauffassung! Die Red.) Auch Redner wünscht ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Partei, dann dürfen aber die deutschen Sozialdemokraten nicht auf einer Seite den Kommunismus herausstreichen und auf der anderen die tschechischen Sozialdemokraten herabsetzen. Anders die deutschen Sozialdemokraten durch ihre Taktik die tschechische Sozialdemokratie schwächen, erniedrigen sie dadurch auch die Bedeutung der deutschen Sozialdemokratie, wodurch keine Annäherung, sondern nur eine Entfremdung erzielt wird. Als Gleiche unter Gleichen wollen die tschechischen Sozialdemokraten gelten und keine untergeordnete Rolle spielen, wie seinerzeit in der Internationale durch den Einfluß der deutschen Sozialdemokraten. Hierauf wendet sich der Redner slowakischen Verhältnissen zu, kommt auf Rußland zu sprechen, meint, er sei nicht gerade gegen eine Amnestie der Kommunisten, aber in den russischen Kerker schwachen tausende Menschen nur deshalb, weil sie Sozialdemokraten seien.

Senator Friedrich (D. Nat.) erklärt, von tschechischer Seite sei nichts geschieden, um den Deutschen entgegenzukommen und die gestrigen Reden lassen erkennen, daß nicht die Spur einer Absicht besteht, den deutschen Forderungen entgegenzukommen. Es wirkt der Revanchegedanke und die Angst, es wird alles getan, um das Deutschland vollständig in diesem Staat anzurotten. Das ist ein Wahnsinn, der sich in der Zukunft rächen muß. Hierauf bespricht Redner einzelne Posten des Budgets.

Senator Prejsa (tschech. Agr.) verweist auf die Fehler und Unvollkommenheiten des Budgets des Landwirtschaftsministeriums, bringt seine Forderungen vor und stimmt im Namen seiner Partei für das Budget in Anbetracht der Erklärung der Finanzadministrative, daß keine neuen Steuern eingeführt werden.

Die Spezialdebatte.

Senator Durdausky (Now, Merik.) spricht gegen die unerträglich hohen Steuern. Er fordert eine möglichst rasche definitive Ernennung slowakischer Kulturarbeiter und Beamter.

Senator Dr. Prochazka (tschech. Merik.) betont, es gibt nur eine einzige tschechoslowakische Nation. Denn die Bildung zweier Nationen, der tschechischen und slowakischen, würde das größte Unglück der Republik sein.

Senator Dr. Pechbur-Wicheln (D. Christl. Soz.) weist auf die Rückstände der staatlichen Kontrolle und die Unklarheiten der Staatsschulden hin. Ähnliche Unklarheit herrsche auch über die Deckung der Banknoten.

Senator Dr. Krejci (tschech. Nat.-Soz.) befaßt sich eingehend mit dem Budgetposten des Schulministeriums. Es werden keine Schulreformen vorbereitet. Das Budget entspricht nicht der Bedeutung der Schule und der Kunst für das Gesamtleben des Volkes.

Senator Chlumecny (Kommun.) wendet sich gegen das Polizeiregime und die Einkerkelung der Arbeiter in diesem Staate.

Senator Dr. Pravec (tschech. Nat.-Dem.) erklärt, die Deutschen müssen warten, bis die Tschechen in ihrem Staat Ordnung gemacht haben.

Senator Fortl (D.-Rad.): Die Sparsamkeit, zu der sich der Ministerpräsident verpflichtet hat, kommt im Budget nur dort zum Ausdruck, wo es sich um eine Verfüzung der Deutschen handelt. Das sieht man im Unterrichtsbudget bei der Post für die Universitäten, die Jugendfürsorge, bei der Altersfürsorge gegen die fortschreitende Verelendung der Pensionisten, insbesondere der Altrentionisten.

Senator Triska (tschech. Gewerbet.) behauptet, daß jetzt die beste Gelegenheit für die Deutschen besteht, die ihnen gebotene Hand zu erlassen.

Senator Genosse Kieselwetter

berweist auf den nationalistischen Charakter dieses Staates und die deutschfeindliche Orientierung seiner Außenpolitik. Redner vergleicht die revolutionären Kräfte Deutschlands und Oesterreichs mit denen hierzulande. Während es dort soziale Kräfte waren, die die Republik geschaffen haben, waren es in der Tschechoslowakei nationale. Er warnt die tschechischen Sozialdemokraten, die „Zuchtmesser in diesem Völkermordhaus“ zu sein.

Bei Schluß unseres Blattes — 11 Uhr nachts — dauert die Sitzung noch fort.

Amnestie.

Der aus den Massen der Arbeiterschaft immer lauter erdröhnende Ruf nach Befreiung der Dezemberverurteilten hat bisher völlig taube Ohren gefunden. Auch die bürgerliche Presse beobachtete dieser Forderung gegenüber beharrliches Schweigen. Nun, da an den maßgebenden Stellen aber doch endlich die Erkenntnis sich Bahn zu brechen beginnt, daß es bei diesen ebenso ungerechten wie grausamen Urteilen nicht bleiben kann, gewinnt ein tschechischbürgerliches Blatt die Sprache. Es ist die „Narodni Listy“, die scheinbar ganz allgemein über „Amnestie“ leitet, die aber dabei den Zweck verfolgt, wenn möglich, die nach ihrer Aufzählung drohende Amnestie zu verhindern.

Die „Narodni Listy“ finden, daß in der Tschechoslowakischen Republik „zu oft“ amnestiert werde, so daß die Amnestie bereits das einzige Mittel der Erziehung und das Amnestieren zur Werktagbeschäftigung geworden sei. Herr ksg., der den Artikel unterfertigt, scheint zu glauben, daß er da besonders geistreich sei, aber was er da produziert, ist doch nur ein etwas dürftiger Witz, der aber, da es um Menschen geht, die seit einem vollen Jahre im Kerker sitzen, oder solcher, deren noch der Kerker hart, kaum vom Herrn ksg. als geschmackvoll befunden werden kann. Sorgsam zählt der Verfasser alle Fälle auf, in denen Amnestie erlassen wurde. Bei der Gründung der Republik sei allen jenen Amnestie zuteil geworden, welche in der Zeit des Krieges sich gegen die tschechische Nation vergangen haben, dann sei wegen der Unruhen im Mai 1919 die Amnestie verfügt worden, weiters habe man Muna und Genossen amnestiert und schließlich sei wegen der Disziplinvergehen bei den Behörden und beim Militär eine Amnestie verordnet worden. Das kapitalistische Blatt ist der Meinung, daß die Erlassung der Amnestie ein feierlicher Akt sei, der in gewissen Fällen edel und vernünftig sei, doch nun, da die Regierung in dieser Methode fortfahren wolle und die Amnestierung der Dezemberverurteilten vorbereite, müsse gefragt werden, aus welchen Gründen dies geschehe, denn die gewalttätigen Bestrebungen, welche den Umsturz des demokratischen Staates zum Ziele hatten, seien doch keine so harmlose Unterhaltung.

Daß die „Narodni Listy“ die Taten der Dezemberopfer als besonders verbrecherisch auszuzeichnen sich bemüht, darauf sei nicht weiter eingegangen. Es sei nur angeführt, was die kommunistische „Novnost“ darüber sagt. Sie schreibt: „In der Verhandlung vor dem Ausnahmegerichte, das blutige Urteile fällt und das gewiß zugunsten der Angeklagten nicht im geringsten parteiisch war, wurde klar aufgezeigt, daß es sich um keinen Umsturz handelt, um keinen Hochverrat und sämtliche Verurteilten erhielten die schweren Strafen wegen einfacher Zusammenrottung und anderer kleiner Delikte welche im alten Oesterreich mit einigen Tagen Arrest bestraft wurden“. Aber auch wenn die „Novnost“ nicht so schriebe und selbst wenn es sich um schwerere Delikte handeln würde, als die „Novnost“ behauptet, so müßten die Regierenden aus der Tatsache der großen Wandlung der kommunistischen Partei seit jenen Dezembertagen, aus ihrer völligen Abschwörung der Völkertaktik zu dem Entschlusse kommen, ihre Haltung gegenüber den armen Opfer jener traurigen Tage gründlich zu ändern. Man mag die Urteile der Ausnahmegerichte gefällt wurden, noch so strenge beurteilen, man wird nicht leugnen können, daß es sich hier nicht um gemeine Verbrecher handelt, weder im individuellen noch im Tatfalle, und daß diese Handlungen überhaupt nicht als persönliche Verbrechen gewertet werden können, sondern nur als solche, die aus der krankengährenden Zeit heraus ihren Ursprung fanden.

Darum ist es sinnlos, wenn die „Narodni Listy“ verlangt, es mögen die Verurteilten Gnadengesuche um Amnestierung einbringen, denen gewiß entsprochen werden würde,

umso sinnloser, als unmittelbar nach Beendigung der Prozesse eine ganze Reihe von solchen Gesuchen durch die Verteidiger von Verurteilten eingebracht, doch durchwegs abgewiesen wurden. Will man denn unbedingt zu den erlittenen Qualen und der langen Freiheitsberaubung noch eine neue Demütigung der Eingekerkerten hinzufügen? Es ist wahrlich genug der Grausamkeit und genug auch des Treibens der Reaktion, die sich als besorgte Staatsautorität verkleidet, um so besser an den Verurteilten ihr Nachwerk vollbringen zu können. Die Menschlichkeit und die politische Einsicht mögen in ihre Rechte treten. Öffnet die Kerkerthüren der Dezemberopfer!

Inland.

Sozialpolitische Postarbeit. Am 1. Jänner 1922 soll das Gesetz über die Betriebsausschüsse in Kraft treten, das am Ende der Sommer-tagung beschlossen worden ist. Monatelang war Zeit dazu, die Durchführungsverordnung auszuarbeiten und fertigzustellen. Geschehen ist nichts. Jetzt erst, wo uns nur noch knapp zwei Wochen von dem Zeitpunkt trennen, zu welchem eigentlich schon die Wahlen ausgeschrieben werden sollten, beruft das Ministerium für soziale Fürsorge rasch eine Enquete ein, ohne den dazu eingeladenen Körperschaften Zeit zu lassen, sich mit dem Entwurf der Durchführungsverordnung zu beschäftigen. In einer einzigen Sitzung müßte die Sache durchgepeitscht werden. Ebenso rasch gedenkt man im sozialpolitischen Ausschusse die Beratung zu betreiben. Daß bei einer derartigen Eile eine gediegene Arbeit nicht zustande kommen kann, versteht sich von selbst. Außerdem hat das Auftreten der Vertreter der Industriellen in der Enquete im Ministerium für soziale Fürsorge bereits verraten, daß sie in ganz außergewöhnlichem Maße auf den Inhalt und den Geist der Durchführungsverordnung Einfluß zu nehmen versuchen. Sie wollen das Gesetz über die Betriebsausschüsse zu einem Vorstoß gegen die Kollektivverträge ausnützen und möchten die dazu notwendigen Bestimmungen in der Verordnung unterdrücken. — An der Enquete über den Entwurf der Regierung zur Durchführung des Gesetzes über die Betriebsausschüsse nahmen für den Deutschen Gewerkschaftsbund die Genossen Schäfer, Hirsch und Laub teil, die sich dagegen verwahrten, daß die Erledigung einer derart wichtigen Sache auf die letzten Minuten verschoben worden ist, sodas man sie jetzt mit einer Eile vornehmen muß, die eine gründliche Beratung ausschließt. Ist das Gesetz schon voller Mängel und Flüchtigkeitsfehler, so hätte man auf die Durchführungsbestimmungen schon etwas mehr Sorgfalt verwenden sollen. So wird kaum etwas Ordentliches herauskommen.

Abgeordnetenhaus.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die internationale Vereinbarung über die Kontrolle des Handels mit Waffen und Munition, abgeschlossen am 10. September 1919 in St. Germain en Laye genehmigt.

Hierauf wurde in zweiter Lesung das Gesetz betreffend die Aufhebung des Amtes für Auktionen angenommen, ebenso das Gesetz über die Gesundheitszuschläge zu den direkten Steuern, die staatlichen Zuschlägen unterliegen und über die Schaffung eines öffentlichen Fonds zur Unterstützung öffentlicher Krankenhäuser und Heilanstalten.

Dann referierte Abg. Dr. Winter über den Regierungsentwurf, mittels welchem die Regierung ermächtigt wird, die Pensionsversicherung in der Slowakei und in Karpathenrußland zu regeln.

Siezu sprach Genosse Hirsch, der es rügte, daß entgegen dem Gesetz vom 20. Dezember 1918 die Pensionsversicherung der Angestellten bis heute noch nicht auf die Slowakei ausgedehnt wurde und machte diesbezügliche Detailvorschläge. Er wünscht in der Verwaltungskommission der zu errichtenden Pensionsanstalt in Preßburg entsprechende Berücksichtigung der deutschen Nationalität und der freien gewerkschaftlichen Organisation. Er verlangt ferner baldige Ausschreibung der Wahlen in die Pensionsanstalt.

Die Regierungsvorschläge wurden dann angenommen.

Weiters gelangte der Regierungsentwurf über die Teuerungszulagen für das Jahr 1922 zu den Invaliden- und Altersrenten im Pultschiner Gebiet zur Verhandlung. Die Berichterstatter Dr. Winter und Kasil empfehlen die Vorlage zur Annahme.

Genosse Dr. Haas

weist zunächst darauf hin, daß der Regierung der mit der Verordnung vom 4. Mai 1920 unternommene Versuch der vollständigen und

reibungslosen Eingliederung des Pultschiner Landes in die tschechoslowakische Republik nicht gelungen ist. Dies gilt insbesondere auch von der Ueberführung der Versicherungsanstalten und Versicherungsleistungen aus dem Deutschen Reiche. Nach Artikel 312 des Friedensvertrages von Versailles sollte bereits längst eine fünfgliedrige internationale Kommission diese Angelegenheit regeln. Da dies nicht geschehen ist, so haben die diesbezüglichen Bestimmungen, welche von der tschechoslowakischen Republik erlassen wurden, nur provisorischen Charakter. An dem vorliegenden Gesetzentwurf ist zu rügen, daß die Teuerungszuschläge in fixen Sätzen und nicht in Prozenten bemessen werden und daß nicht Vorsorge getroffen wird, daß die aus dem Deutschen Reiche überführten Rentner, welche nach der Reichsversicherungsordnung Renten bezogen, nicht schlechter gestellt sind, als wenn sie die Renten im Deutschen Reiche bezögen. Dann wurde die Vorlage in erster Lesung angenommen.

Dann referierte Abg. Dr. Matoušek über den Regierungsentwurf betreffend die Abänderung des § 17 des Gesetzes über die Finanzkontrollkommission der Nationalversammlung.

Auch dieser Entwurf wurde angenommen. Dann kam der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Wirklichkeit des Gesetzes über die Teuerungszulagen zu den Unfallrenten verlängert und einige Bestimmungen des Gesetzes abgeändert werden.

Es sprach dazu Genosse Padenberg, dessen Rede wir aus technischen Gründen erst in unserem morgigen Blatte wiedergeben können.

Die Vorlage wurde in erster Lesung mit der vom Genossen Padenberg beantragten Änderung beschlossen.

Nächste Sitzung heute um 1 Uhr nachmittags.

Aus Den Ausschüssen.

Auswärtiger Ausschuss.

Die Aussprache über die Anträge an den Minister des Auswärtigen wurde gestern fortgesetzt. Es sprachen Rajmann, Hajn und Marek. Dr. Poltscher richtete eine Anfrage an den Minister Bensch wegen einer Rede, die der Genosse Dr. Chusky in Paris vor kurzem gehalten hat. Er erklärte darin, daß die wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands gebrochen und seine Vermittlung des Verkehrs zwischen Ost und West verhindert werden müßte. Es wird angefragt, wie ein amtlicher Vertreter der Republik heute solche Ansichten vertreten könne, da man sich darüber überall im Westen sei, daß Deutschlands Wirtschaft aufgerichtet werden müsse, um den Zusammenbruch Europas zu verhindern. Dr. Poltscher fragt an, ob Minister Bensch diese Ansichten des Genossen teile. Er fragt weiter an, ob Zeitungsberichte, die von einer Neuerwerbung einiger Grenzgebiete in Schlesien durch den tschechoslowakischen Staat berichten, auf Wahrheit beruhen. Er heißt, daß ein Teil Schlesiens an uns abgetreten und gegen das Gebiet von Wsch ausgetauscht werden soll. Weitere Anfragen wurden noch gestellt von Reich, der mit Bensch wegen seiner Äußerungen über den Kommunismus polemisiert, und von Pruschkowsky. Hierauf beantwortet Bensch ausführlich alle an ihn gestellten Anfragen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist Druck 3197, Uebereinkommen zwischen der tschechoslowakischen Republik und der österreichischen Republik über die Führung der Grenze und verschiedene damit zusammenhängende Fragen. Berichterstatter ist Marek. Dr. Poltscher benützt die Gelegenheit, um wiederum eindringlichst darauf hinzuweisen, daß immer noch den Bewohnern von Feldberg, Weitra und Pultschin die staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten werden und die Wahlen in die Gemeindevertretungen und die Nationalversammlung nicht ausgeschrieben sind. Er verlangt, daß dem Verlangen der dortigen Bewohner sobald wie möglich Rechnung getragen werde. Dem Uebereinkommen wird die Zustimmung erteilt.

Dritter Punkt der Tagesordnung ist Druck 3007 betreffend des internationalen Uebereinkommens wegen Errichtung eines internationalen Amtes für öffentliche Gesundheit in Paris. Der Bericht wird nach kurzer Debatte genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung Druck Nr. 3164 betreffend der Zustimmung zum internationalen Uebereinkommen über die Errichtung eines gemeinsamen Amtes für Patente. Der Poltscher macht darauf aufmerksam, daß diesem internationalen Uebereinkommen eine Reihe der wichtigsten Staaten, so besonders Norland, Italien, die Vereinigten Staaten, Deutschland und Oesterreich nicht beitreten sind, wodurch das Uebereinkommen seinen Wert verliert. Er ersucht um Aufklärung, wie diese Staaten fehlen und ob Aussicht ist, daß sie noch beitreten. Der Vertreter des Ministeriums gibt hierauf einige Erklärungen, das Uebereinkommen wird dann genehmigt.

Rechts- und Verfassungsausschuss.

Sitzung am 14. Dezember.

Zunächst wurde die Spezialdebatte über den Entwurf einer Advokatenordnung fortgesetzt. Die Beschlüsse des Subkomitees wurden angenommen, mit Ausnahme des Beschlusses betreffend des Verlustes der Berechtigung zur Ausübung der Advokatur durch eine Frau, welche einen Mann heiratet. Der Antrag des Referenten, daß in derartigen Fällen der Verlust der Staatsbürgerlichkeit der Justizminister die weitere Ausübung der Advokatur gestatten könne, wurde zuerst abgelehnt, dieser Beschuß später aber Antrag der Frau Kanka-Bitych revidiert.

und nachdem sich Genosse Dr. Haas für die Annahme des Referentenentwurfes eingesetzt hatte, wurde der Referentenentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen. Der Beschluß des Senates wurde ferner in der Richtung abgeändert, daß die Substitutionsberechtigung der Advokatskandidaten bereits nach zweijähriger Praxis bei einem Advokaten erlangt wird und daß ein derartiger Substitutionsberechtigter Advokatskandidat auch vor den Gerichtshöfen in Strafsachen mit Ausnahme des Schwurgerichtes und des Obersten Gerichtshofes den Advokaten als Verteidiger vertreten kann. — Gelegentlich der Beratung des Senatsbeschlusses über die Rückgabe von Gegenständen an fremde Staaten (der requirierten Spinnmaschinen an Frankreich) vertrat Dr. Benesch darzulegen, daß nicht nur vom politischen und ethischen, sondern auch vom juristischen Standpunkte aus das Gesetz gerechtfertigt sei, weil es auf den Friedensverträgen beruhe und nur bezwecke, die nach den Friedensverträgen den Staat treffende Verpflichtung dadurch erfüllbar zu machen, daß den einzelnen Staatsbürgern die korrespondierende Verpflichtung auferlegt werde. Genosse Dr. Haas wendete ein, daß selbst unter der vom Abg. Dr. Kalka bestrittenen Voraussetzung, daß die Friedensverträge der tschechoslowakischen Republik eine Verpflichtung zur Rückgabe von Gegenständen auferlegen, der vom Minister durch die Erlassung des Gesetzes beabsichtigte Zweck, die einzelnen Staatsbürger zu verpflichten, nicht erreicht werde. Denn der einzelne Staatsbürger kann nur insoweit gebunden werden, als seine Verpflichtung in der S. d. G. u. V. publiziert ist. Da sich das vorliegende Gesetz nur im allgemeinen auf die Friedensverträge bezieht, diese jedoch nicht ordnungsmäßig fundiert sind, so entsteht auch durch die Publikation des Gesetzes keine Verpflichtung für den Einzelnen. Der Minister anerkannte die Richtigkeit dieser Einwendung des Abg. Dr. Haas und erklärte, die beabsichtigten Friedensverträge würden noch vor dem Gesetz publiziert werden. Hierauf wurde der Senatsbeschuß mit den Stimmen sämtlicher tschechischer Parteien unverändert angenommen. Der Resolutionsentwurf der Genossen Dr. Haas, Kadnberg und Decker, daß die Regierung durch Verhandlungen bewirken solle, daß die besetzten Staaten an Stelle der Rückgabe von Gegenständen Ersatz in Geld annehmen, wurde abgelehnt, obwohl unsere Genossen darauf hinwiesen, daß durch die Rückgabe von Spinnmaschinen wegen Unmöglichkeit eines Ersatzes die höchsten Produktionswertigkeiten und damit eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit eintreten werde. — Hierauf wurde ohne Debatte der Senatsbeschuß über den Schutz des Reichens des Roten Kreuzes und die Reorganisation der über die Abänderung einzelner russischer Bestimmungen über die Versicherungsanstalten angenommen.

Tages-Neuigkeiten.

Republikanische Elite. Der deutsch-österreichische Bundespräsident Hainisch, sein Kanzler Dr. Schöber und einige Fachleute kommen nach Prag, um hier mit dem Präsidenten Masaryk, mit Dr. Benesch und einigen tschechischen Fachleuten wichtige politische und wirtschaftliche Fragen zu besprechen. Das ist notwendig, und daß sie höflich empfangen werden, ist schon und — selbstverständlich. Aber weniger schön sind die Berichte, welche das amtliche Korrespondenzbüro darüber in die Welt zu drahten für gut befand. Wenn Wilhelm und

Kranz Joseph einander ihre hohen Gesichter zuwenden, konnten Schmocks nicht feierlicher den Penala an die süßlich gepipeten Lippen führen. Mit so unerschütterlich ernster Miene berichtet er von den diversen Nationalhymnen, die von der Militärkapelle hinausgeschmettert werden, von „Ehrenrotten der Burgwache“, von Standarten, Flaggen und Fahnen, Nationalfarben, vorgestellten Bürgermeistern, Kreis-, Bezirks- und Stationsvorstehern (auch deren Namen erfährt erschauernd der lokale Unterthan — pardon, Republikaner) von Jagden, Anstandsvisiten bei Frl. Dr. Alice Masaryk und „Diners im intimen Kreis“. Leute, deren Sehnsucht nach Habsburgs seliger spanischer Hofsetzle steht, und deren soll es immer noch eine Menge geben, kommen reichlich auf ihre Rechnung. Daß aber so ernste, schlichte Männer der Arbeit und der Wissenschaft wie Masaryk und Hainisch den schweißbedendenden Pressespinnerei nicht vor die Türe werfen, bedeutet einen argen Fehlbetrag in der republikanischen Rechnung.

Kommunistische Vetteleien bei Kapitalisten. Für die Weibchen, mit denen die „einzige zuverlässige Kampfpartei des deutschen Proletariats“ bei den Kapitalisten das Schnorren treibt, ist ein uns zugegangener Brief ebenso charakteristisch, wie er andererseits insofern interessant ist, als er zeigt, daß die kommunistische Partei Deutschlands, deren Organe täglich von Schlagworten wie „Kampf gegen die Bourgeoisie!“, „Nieder mit den Bourgeois!“ usw. wimmeln, gerade diese Bourgeois in ganz anderer Form angeht, sofern sie von ihnen etwas zu erlangen erhofft. Der Brief appelliert an die Menschlichkeitsgefühle einer „sehr geehrten Firma“, um von ihr Beiträge für das hungernde Rußland zu erlangen und schließt den Dumanitätstropfen mit der köstlichen Geschäftsprache ab: „Ohne an die Öffentlichkeit zu treten, dürfen sie doch versichert sein, daß auch die Vertreter der kommunistischen Partei Deutschlands bei diesen Lieferungen ihre Hilfe, aber um so wirksamere Hilfe der Industrie speziell unserem engeren Gebiete angehen lieh und auch fernerhin all ihre Bemühungen darauf richtet, daß Handelsbeziehungen zwischen Rußland und uns immer enger und enger verknüpft werden. In der Hoffnung, daß auch Sie eine Spende dem russischen Hilfskomitee, Langestraße 146 zukommen lassen, zeichnet mit voller Hochachtung Gustav Schneider, Landtagsabgeordneter.“ Die kommunistische Partei scheint sich also als eine Art Kommissär für die Lieferungen deutscher Unternehmer an Sowjetrußland zu betrachten und nachträglich für diese Lieferungen indirekte Provisionsansprüche geltend machen zu wollen, wobei sie durchblicken läßt, daß diejenige Firma, die jetzt Geld abliciert, bei späteren Aufträgen der Sowjetregierung besonders berücksichtigt werden soll. In der Vollendung des Bildes, das die deutsche Arbeiterschaft von der R. P. D. sich macht, liefert der obige Brief einige immerhin nicht ganz uninteressante Striche.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2993, 100 Mark 4415, 100 schweiz. Franken 1592 1/2, 100 Lire 379, 100 franz. Franken 668 1/2, 1 Pfund Sterling 342, 1 Dollar 81 1/2, 100

belg. Franken 641 1/2, 100 Beso 1222 1/2, 100 Dinar 127 1/2, 100 Lei —, 100 öst. Kronen 1.67, 100 ung. Kronen 12.85 Kr.

Faschisten als Brandstifter.

Sie zünden den slowenischen „Narodni dum“ in Triest an.

Ljubljana, 14. Dezember. (L. B.) Faschisten haben das „Narodni dum“ in Triest in Brand gesetzt. Die Ljubljanaer verlangen, die Regierung möge diplomatisch intervenieren und in Rom Schutz für das Eigentum der Südslowenen verlangen. Sie fordern die Öffentlichkeit zum Boykott italienischer Waren als Repressivmaßregel auf. In ganz Jugoslawien herrscht ob dieser neuen Gewalttat der Faschisten große Erbitterung.

Der Kapp-Putsch von langer Hand vorbereitet.

Berlin, 15. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Aus Anlaß des vom Reichsgerichte geführten Kappprozesses wird ein neuer Brief veröffentlicht, den Kapp am 22. Dezember 1920 an den Angeklagten Dr. Schiele gerichtet hat. Es geht aus dem Briefe hervor, daß der Kapp-Putsch das letzte Glied einer Verschwörung war, die seit Anfang 1919 in monarchistischen Kreisen vorbereitet wurde. Das Rückgrat dieser Bewegung war das Offizierskorps, das von Roske wieder in den Sattel gehoben worden war. Baltikum und Ostpreußen waren die Aufmarschgelände der monarchistischen Konterrevolution, auf dem die Truppen für den bevorstehenden Staatsstreich einegerzigt wurden. Die Führung lag in den Händen deutschnationaler Junker, die in enger Verbindung mit der deutschnationalen Volkspartei und mit den obersten militärischen Stellen stand. Kapp beklagt sich im Briefe darüber, daß ihn seine Spießgesellen in den entscheidenden Tagen im Stich gelassen hätten.

Die Reparationsbesprechungen.

Berlin, 15. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Besprechungen über die Reparation werden zwischen dem Reichskanzler und den einzelnen Ressorts eifrig fortgesetzt. Gestern begannen die Verhandlungen mit der vom Reichswirtschaftsrat eingeleiteten Kreditkommission. Von ihrem weiteren Verlauf soll es abhängen, ob der Kanzler bis Samstag im Plenum des Reichstages eine Erklärung über die Reparationsfrage und Kreditloktion abgeben wird. Rathenau wurde heute Vormittag um elf Uhr vom Reichspräsidenten Ebert empfangen. Bei diesem Besuche gab Rathenau

nau abermals einen Überblick über seine Londoner Verhandlungen.

Ein Sozialversicherungsgesetz in — Deutschösterreich.

Wien, 15. Dezember. Das Gesetz betreffend die Sozialversicherung, an welchem nahezu 20 Jahre gearbeitet wurde, ist fertig gestellt und wird in den nächsten Tagen dem Nationalrate vorgelegt werden. Nach einer amtlichen Schätzung umfaßt es 1.000.200 Personen, welche hiedurch versicherungspflichtig sind.

Uns der Partei.

Losorganisation Smichow, Prag-Meinseite Heute, den 17. Dezember 1921, abends 8 Uhr im Restaurant „Libussa“, Smichow, Siesoniststraße (neben Schwandovo divadlo), Parteierammlung.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wenn am Weihnachtsbaum die Lichter aufleuchten...

Dann gibt es Freude und Jubel! Die Herzen aller erglänzen in der wunderschönen Presse der Weihnacht, auch die der Armen, denn für billiges Geld (für 100 oder 500 Kč) können Sie aus 1433 Treffern ein Vermögen von Millionen und Tausenden gewinnen! Man braucht nur unter den Weihnachtsbaum ein staatliches Bauprämienlos zu legen, dessen kleinster Gewinn der Einkaufspreis und 2% Zinsenprämie vom Zeitpunkt der Ausgabe des Loses bis zum Gewinnstare ist... Welch schönes, wertvolles Weihnachtsgeschenk! 468

Der unverwüstliche



407 Kautschuk Schuhabsatz!

Kunst und Wissen.

Gastspiel Leopoldine Konstantin — Max Grünberg — Alfred Gutta. Heute Abend Erstaufführung des Lustspiels „Die Ballerine des Königs“. Samstag Nachvorstellung „Das Glas der Jungfrau“, Gastspiel Konstanin Gutta. Samstag Premiere „Das Christfest“. Sonntag nachmittags „Die Tanzgräfin“.

Veranstalter: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

18 Théâtre Variété 18
Prag-Karlín.
Heute Freitag den 16. Dezember
NEUES PROGRAMM
BREITBARTS Amerikareise verschoben!
BREITBART, dem neuen Programm erhalten!
BREITBART
nach wie vor die Sensation Prags
und 8 gänzlich neue Variété-Nummern.

KING
DER KONIG DER WINTERROCKE!
Vollständiger Ersatz für den teureren Stadtpelz!!!
DER KING
ist mit einem höchstfeinen Stadtpelzüberzug versehen, hat einen echten Shawl-Fellkragen u. als Futter hohen braunen oder schwarzen Wollplüsch, der wärmer u. dauerhafter ist, als Fell, weil er keine Haare läßt.
DEN KING erhalten Sie für **Kč 1625.-**
ausschliesslich im Konfektionshause **Sigmund Stránský, Prag**
HYBERNSKA.
ALTE PREISE. Die 2% Umsatzsteuer trägt die Firma selbst.

BIO
LIDO 411
Effektvolles amerik. Drama in 9 Akten
Du sollst nicht töten...!
Mit Egbert Heines.
SVĚTOZOR 412
Irča im Pensionat.
II. Epoche „Irča's kleiner Roman“.
In d. Hauptrolle Susanne Marwille u. Jarošín.

Drucksorten
aller Art, modernst ausgeführt liefert raschest die
Druckerei der **TRIBUNA A.-G.**
Prag II., Karlovo nám. 15.
Telephon 3090. Voranschläge gratis. Telephon 3090.
147

Serbisches Schweinfett
hocharomatisch, schmackhaft und unvergleichlich bessere Qualität wie Amerikanische Provenienzen
Rückenspeck gesalzen oder geräuchert
offert nur Engrossisten u. Grosskonsumgenossenschaften
ab diversen Transitlager der Republik
A. Gasseau & Cie., Belgrad.
Generalvertretung
M. Bloch, Prag VII.-463. 64
Telegr. Adr.: „Morbloch — Prag“.
Telefon 2925.

Etamine
und
Stickereien
en gros und en detail
EDMUND PICK,
PRAG I.,
Altstädter Ring 24.
371

Für Interesse verlangt es, dass Sie sich meine Interessanten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von K 2., in bar. Versandgeschäft Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

Mehlwürmer
per Schock 2 Kč liefert nur per Nachnahme nicht unter 10 Schock **Josef Hampf in Neusattl** 531, b. Elbogen. 242
Christbaumschmuck
für Händler, aus Glas, Schmelz usw., neu Erhalten, direkt vom Erzeuger, daher billigste Preise, liefert in Musterpaketen von 100 Kronen aufwärts gegen Nachnahme 519
Elab.-d. Werner, Schlag Nr. 71/III, bei Gablitz a. N.

So hoch

schätzt der Kenner Tee
Marke Teeanne
Seine hervorragenden Eigenschaften: Aroma, Ergiebigkeit und Güte sollten auch Nichtkenner veranlassen, ihn zu probieren. Teeanne ist künstlich nur in Originalpaketen mit der Schutzmarke Teeanne und wertvollen Seidenmusterpackungen in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen. Wo nicht, werden solche durch das Teeimporthaus R. Seelig & Hille, Bodenbach 4/IIb nachgewiesen.
Genossen! Werbet für Euer Zentralorgan!